





# Hergt verteidigt Claß.

## Ueber Artikel 48 kann er nichts sagen.

der jetzigen Regierung ebensowenig etwas zu spüren wie in anderen Fragen. Der Reichsfinanzminister löst sich vielmehr, statt selbst den Kurs zu bestimmen, von anderen beliebig treiben. Daß eine solche Politik verderblich ist und zu schlimmen Konsequenzen führt, ist selbstverständlich. Sie zeigt aber vor allen Dingen auch, was in Wirklichkeit von dem Berede der bürgerlichen Parteien über die Notwendigkeit der Einschränkung des Staatsrechts zu halten ist. Dieselben Herrschaften, die anderen Sparmaßnahmen predigen und durch ein Notprogramm für die gesetzliche Einschränkung des Staatsrechts des Reichstags sorgen wollen, tun in der Praxis genau das Gegenteil. Sowohl bei den Forderungen der Landwirtschaft, als auch bei den Forderungen für die großen Liquidationsgeschädigten hat sich das selbe Spiel ereignet: die Regierungsparteien vereinigen sich unfeinlich und kämpfen gegen ihren eigenen Finanzminister. Bei der Landwirtschaft genießen sie sogar die Unterstützung des Reichsernährungsministers. Und der Reichsfinanzminister, statt durch die Stellung der Vertrauensfrage dieser verantwortungslosen Politik entgegenzutreten, beugt sich ihnen und vertritt am nächsten Tag das Gegenteil von dem, was er am Tage vorher für richtig hielt.

## Volk und Behörden im neuen Staat.

### Ein Vortrag des Preussischen Innenministers Grzesinski.

Vor den Sozialistischen Studenten sprach gestern im überfüllten Bürgeraal des Stadthauses der preussische Innenminister Grzesinski. Er führte aus: Er sehe gemäß außer dem Verdacht, das Parlament geringzuschätzen. Für die Wichtigkeit der Verwaltung gebe es keinen geringeren Kronzeugen als Karl Marx, der in seiner berühmten Verteidigungsrede sagte, daß nach einer Revolution das wichtigste die Reform der Verwaltung sei. 1918 habe man in der Hoffnung auf Demokratisierung die Parlamente überhäufelt; aber nicht die Legislative, sondern die Exekutive regiert. Wenn die Parlamente noch so gute Gesetze machten, so läge die Bedeutung derselben in der schlechten oder guten Ausführung durch die Beamenschaft. Damals seien wohl die Männer der Spitze der Verwaltung aus den demokratischen-republikanischen Kreisen berufen, sonst aber habe ich schon deshalb wenig ändern können, weil man nach der Zerhaltung aller demokratischen Elemente von der Verwaltung im Untertanenstaat 1919 gar nicht über genug vorbereitete Kräfte verfügte. 100 Jahre lang sei die gesamte Bürokratie nur durch die Junte und ihnen ergebene Volksrechte ergänzt worden. Welche Wichtigkeit die Verwaltung habe, das zeige sich ja in dem ständigen Streben der Deutschnationalen, die Regierung in Preußen und den anderen Ländern und damit Verwaltung und Recht wieder in die Hand zu bekommen. Die republikanischen Regierungen Preußens hätten Quadern herausreißen müssen aus dem Gebäude, ohne doch den Bau selbst zu zerstören, und Steinchen heranschieben müssen. Heute noch sei

### Der Kampf um die Demokratisierung in vollem Gange.

Neben dem fachkundigen Personal brauche man an den leitenden Stellen, ohne zu schmüßeln und ohne Heuchelei großzugeben, vertrauenswürdige Republikaner. Vorbildung und Examen genügen nicht immer. Gerade heute müsse der Beamte die Zusammenhänge des Lebens und die wirtschaftlich sozialen Verhältnisse kennen. Dem Beamten der Republik müsse man aber auch Selbstständigkeit zur Befähigung seiner Verantwortungsbereitschaft gemähren. Beamte, die freudig handelten, bedeere auch, wenn sie sich einmal verfahren, denn das Regieren vom grünen Tisch sei heute noch viel gefährlicher als früher. Ueber die Einzelheiten der Reformen führte Grzesinski aus, daß das Bort Verwaltungsreform in manchem zu einem Schlagwort geworden sei. Eine Reform der Verwaltung seien die kommunalen Gesetze über Groß-Berlin, Pottel und die Industrie- und Gewerbegebiete des Rheinlandes, sei das Gesetz über die Aufhebung der Gutsbezirke gewesen. Wenn hier Herr v. Reubell sage, daß dieses Gesetz nur Zwietracht unter der Landbevölkerung säe, dann müsse er den Konservativen zuzurufen, daß niemand den Nachbar hinter einem Ofen vermutet, hinter dem er nicht schon selber geessen hätte. Viel sei noch im Rahmen der heutigen Formen zu erreichen. Einst habe der Beamte den Fürsten gebietet, heute solle er der Bevölkerung dienen. Er soll das Publikum so behandeln, wie er selber behandelt zu werden wünscht. Die Ausführungen des Ministers fanden langanhaltende stürmische Zustimmung.

## Gute Erfolge im Wohnungsbau.

### Aber Gefährdung der Neubaufähigkeit durch Kapitalmangel.

Der Hauptausdruck des Preussischen Landtages beriet am Mittwoch über den Etat des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt zu dem Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“. Staatssekretär Scheidt machte dabei nähere Angaben über die Wohnungsbautätigkeit des Jahres 1927 und die Ausichten für das Jahr 1928.

Es seien — so führte Scheidt aus — in dem letzten Jahre rund 176 000 Dauerwohnungen fertiggestellt worden gegenüber rund 130 000 im Vorjahre. Rund 148 000 seien mit öffentlichen Mitteln gefördert, während nur etwa 28 000 Wohnungen ohne jegliche Unterstützung aus öffentlicher Hand errichtet worden seien. Außerdem wären noch rund 90 000 Wohnungen am 1. Januar 1928 im Bau begriffen. Das Jahr 1927 zeige gegenüber dem Jahre 1926 infolgedessen einen sehr erfreulichen Fortschritt, als es nach den vorliegenden Zahlen möglich gewesen sei, neben dem jährlichen Neubedarf an Wohnungen in Preußen, der auf etwa 120 000 angenommen werden könne, den Fehlbedarf im Jahre 1927 um rund 58 000 Wohnungen herabzumindern. (Gegenüber einer Verminderung um rund 10 000 Wohnungen im Jahre 1926.)

Es dürfte aber nicht übersehen werden, daß die überaus günstige Bouiführung des verfloffenen Jahres nur möglich gewesen sei durch eine wesentliche Vornahme der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuererträge des nächsten Jahres sowie durch eine sehr starke und schwerlich zu wiederholende Inanspruchnahme der namentlich für erste Hypotheken in Betracht kommenden Kreditquellen. Soll das nicht zu einem starken Rückschlag in der Bautätigkeit des Jahres 1928 führen, der auf jeden Fall vermieden werden müsse, so muß rechtzeitig für die Beschaffung der fehlenden Mittel Sorge getroffen werden. Soweit sich heute übersehen lasse, könne der preussische Staat aus eigener Kraft die erforderlichen Wohnungsbaukosten in vollem Umfang nicht aufbringen. Es bleibe nur übrig, das Reich, wie im Jahre 1926, an der Aufbringung durch Hergabe von Zwischensubventionen zu beteiligen und außerdem zu versuchen, durch Erleichterung des Pfandbriefabfahres im Zustand (Befreiung von der Kapitalertragssteuer und dergl.) Auslandsmittel für den Wohnungsbau heranzubekommen. Gleichzeitig aber müßte insbesondere von den gebührenden Gemeinden energisch versucht werden, die Baukosten herabzumindern, wozu sie bei Prüfung der Anträge auf Hauszinssteuerhypotheken die Möglichkeit hätten.

Daß der Minister des Äußeren sich nicht äußern kann, sagt ein altes gereimtes Bismarck. Aber daß der Minister der Justiz es gleichfalls nicht kann, ist eine allernueste und sehr ungerühmte Tatsache. Genosse Landsberg hat gestern in einer kraftvoll-kritischen Reichstagsrede über die Zustände den Fall Claß von neuem aufgerollt. Er hat von dem staatsrechtlich korrekten Vorhaben gesprochen, durch Mißbrauch des Art. 48 die Reichsverfassung zu zerstören, und er hat in diesem Zusammenhang den Reichsjustizminister Hergt aufgefordert, zu sagen, wie er über den Art. 48 der Verfassung denke. Auf diese Frage erteilte Herr Hergt folgende Antwort:

Ich sehe gar nicht ein, warum ich mich vom Abg. Landsberg in dieser Weise stellen lassen und hier den Artikel 48 interpretieren muß.

Jeder nicht-deutschnationale Justizminister hätte an Stelle Hergts geantwortet, daß auch er selbstverständlich den verfassungswidrigen Mißbrauch eines Verfassungsartikels mißbillige. Herr Hergt konnte sich zu dieser selbstverständlichen Antwort nicht aufschwingen — denn dadurch hätte er sich das Mißfallen des Herrn Claß zugezogen, dem der extreme-nationalistische Flügel der Deutschnationalen Partei sehr nahe steht. Darum hat Hergt auch gestern das Treiben des Claß ausdrücklich in Schutz genommen. Man kann das Verhältnis des Herrn Hergt zu dem Herrn Claß ungefähr dem Verhältnis gleichstellen, das im Jahre 1923 zwischen Kahr und Hitler bestand. Wenn es etwas weniger gefährlich ist, so ist das nicht das Verdienst des Herrn Hergt. Der Unterschied zwischen damals und jetzt besteht nur darin, daß die Republik heute genug gefestigt ist, um einige Zeit — aber nicht zu lange! — sogar einen Justizminister ertragen zu können, der sich schühend vor ihre unverföhnlichen aktiven Feinde stellt.

Der Reichstag beschloß sich gestern mit dem Justizetat. Justizminister Hergt verfuhr in seinen Ausführungen, die wir an anderer Stelle wiedergeben, das Bestehen einer Vertrauenskrise der Justiz hinwegzudisputieren. Genosse Landsberg bewies an einer Reihe von Fällen — und vor allem am Fall Claß — das Gegenteil.

## Abg. Landsberg (Soz.)

führte aus: Die Ankündigung des Reichsjustizministers, daß er das Ziel einer weiteren Rechtsangleichung zwischen der deutschen und der österreichischen Republik verfolgen würde, begrüßen wir. Ich mache in diesem Zusammenhang auf ein Gesetz aufmerksam, das besonderer Beachtung bedarf, das ist das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Ein solches Gesetz gehört zwar zu dem Ressort des Reichsinnenministeriums, hessentlich ist aber die Autorität des Reichsjustizministers stark genug, um Herrn von Reubell zur Beschleunigung zu veranlassen, damit auch hier die Rechtsgleichheit zwischen Deutschland und Österreich zum Ausdruck kommt. Den Deutschösterreichern muß das Recht zuerst zumutet werden, ebenso wie jeder bayerische Bürger, jeder Sachse, jeder Preusse deutscher Staatsbürger zu werden, wie auch umgekehrt jeder Reichsdeutsche das Staatsbürgerrecht in Deutschösterreich erwerben könnte. Der Reichsjustizminister hätte sich den Vorwurf, den ihm mein Freund Rosenfeld gemacht hat, erspart haben können, denn dieser ist ihm erst auf Grund der Verheißungen gemacht worden, die er versprochen hat, als er noch nicht Minister war. Der Minister hat die Frage der

### Vertrauenskrise der Justiz

erwähnt. Nichts liegt mir so fern, als immer wieder auf eine Vertrauenskrise in der Justiz hinzuweisen. Ich wäre glücklich, einen Etat zu erleben, bei dem ich mich auf die Beschaffung von einzelnen Positionen beschränken könnte. Voraussetzung dazu ist aber, daß wir eine einwandfreie Rechtsprechung haben und nicht immer wieder Vorgänge feststellen müssen, die deren Vorhandensein bezweifeln lassen. Daß von einer solchen einwandfreien Rechtsprechung nicht die Rede sein kann, beweisen immer wieder neue Fälle. Wenn dem Herrn Justizminister diese Kritik nicht gefällt, dann hätte er sich zunächst an die ihm nächstliegende Presse wenden müssen. Bei der Beurteilung der Memorie der „Deutsche Tageszeitung“ von einem Blättertribunal gesprochen, und von einer Robustheit des Gewissens bei den urteilenden Richtern. Der Redner berichtet dann über folgenden Fall: In dem ostpreussischen Städtchen Liebstadt hatte ein jüdischer Arbeiter an einer Festlichkeit des christlichen Landarbeiterverbandes teilgenommen, bei der jeder erscheinen konnte, der sich eine Eintrittskarte gekauft hatte. Ein anderer Arbeiter verlangte, daß er den Saal verlasse, weil Juden an der Feier nicht teilnehmen dürften. Der jüdische Arbeiter wandte sich an den Vorsitzenden, der ihm das Verweilen im Saal gestattete. Darauf wurde er von dem anderen Arbeiter beleidigt und geschlagen.

Das Gericht verurteilte den Mann zu 20 Mark Geldstrafe wegen der Körperverletzung, und in der Begründung des Urteils führte es aus, daß der Kläger sich alles hätte gefallen lassen müssen, weil er als Jude ein christliches Fest besucht habe!

Daß der Vorstand ihm das Verbleiben im Saale gestattet habe, sei nicht erheblich, weil dieser ein einfacher Arbeiter und deshalb nicht imstande sei, die vom Gericht gebrauchten Gedanken zu entwickeln. (Hört, hört! links.)

In einem anderen Falle hat das Reichsgericht die Unbrauchbarmachung von Maschinen in einer kommunistischen Druckerei durch die Polizei für berechtigt erklärt, weil der Staat in Notwehr handle und die Pflicht habe, sich gegen Angriffe auf ihn zu schützen.

Gewiß hat der Staat das Recht der Notwehr. Aber was zur Abwehr rechtswidriger Angriffe erforderlich ist, das darf nicht der Willkür überlassen bleiben, sondern das ist genau bestimmt durch die Gesetze. Die Notwehr des Staates ist geregelt im Pressegesetz, im Vereinsgesetz, im Artikel 48 der Verfassung und einer ganzen Reihe anderer Gesetze. Das Recht der Notwehr gibt es nicht, wenn ein Eingriff einer Polizeibehörde sich nicht auf ein gegebenes Gesetz stützt. Seitdem das von mir erwähnte Urteil ergangen ist, warte einfach der Rechtsboden unter unseren Füßen. Dann kann man aus dem Gesichtspunkt der Notwehr jeden Bereich auslösen, jede Versammlung unterdrücken. Der Zustand, den das Reichsgericht mit seinem Urteil guthelken hat, ist weit schlimmer, als jede Zensur, denn dadurch wird es dem Redakteur unmöglich gemacht, seine Meinung überhaupt nur drucken lassen zu können. Ich frage den Reichsjustizminister, was er zu tun gedenkt zum Schutze der Grundrechte des deutschen Bürgers.

In weit höherem Maße gilt das noch für das Gebiet des Strafrechts.

Der vierte Senat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz von Lorenz hat in einem Urteil vom Oktober 1927 einen verantwortlichen Redakteur der kommunistischen wöchentlichen Arbeiterzeitung für einen zum Hochverrat auffordernden

Artikel verantwortlich gemacht und ihn als wahren Täter bestraft, obwohl er in der Zeit des Erscheinens des Artikels im Auslande gewillt hat und in seiner Abwesenheit sein Name als verantwortlicher Redakteur stehen gelassen war.

Das Reichsgericht hat in seinem Urteil ausgesprochen, daß er als Leiter einer Zeitung der kommunistischen Partei gar nicht anders hätte handeln können, als den Artikel aufzunehmen, und weil er im übrigen auch sich selbst stets für die Propagierung der hochverräterischen Ziele der KPD mit Eifer eingesetzt habe. (Abg. Dr. Frick, Rosjö.) Das Urteil ist immer noch nicht so schlimm, wie das Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Berlin. Der Redner erwidert dem Zwischenrufer: Wenn wir den Etat des Reichsinnenministers zu behandeln hätten, dann würde ich Ihnen darauf die Antwort gegeben haben.

Der Redner erwähnt dann einen Artikel eines wöchentlichen Blattes, in dem der Austritt Ehrhards aus dem Stahlhelm als entschlossene Tat begrüßt wurde, weil Ehrhardt nicht gewillt sei, den Gedanken einer Revolutionierung nationaler Rassen aufzugeben, und worin es weiter heißt: „Wir bekennen uns nach wie vor zur Revolution!“ Auch Lenin ist in derselben Nummer dieses wöchentlichen Blattes als Revolutionär verherrlicht worden. Danach trägt aber kein Hahn.

Ich führe weiter den Fall des Oberleutnants Jeltin in Hamburg an, der wegen angeblichen Hochverrats auf Veranlassung des Reichsanwalts verhaftet worden ist, obwohl bereits ein Gericht denjenigen mit schwerer Strafe bedroht hatte, der Jeltin noch weiter des Hochverrats beschuldigen würde.

Anzuerkennen ist allerdings, daß der Oberreichsanwalt nach fünf Tagen selbst die Freilassung Jeltins veranlaßt hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das höchste Gericht des Reichs sich eines so schweren Irrtums schuldig gemacht hat.

Solche Fälle einer Justiz haben mit einer wirklichen Rechtsprechung nichts gemein. Gegen den Abgeordneten Höflein hat jahrelang ein Verfahren geschwebt, weil er einen Parteifreund als Ernährungsminister bei einer in Mecklenburg eventuell zu errichtenden Regierung vorgeschlagen hatte. Erst durch die Amnestie im Jahre 1925 ist dieses Verfahren eingeleitet worden.

Immer wieder richtet sich die Justiz gegen links, aber niemals gegen rechts, wie auch der Fall Claß beweist.

Im Mai 1926 leitete der Berliner Polizeipräsident gegen Justizrat Claß, den Vorsitzenden des alldeutschen Verbandes, eine Untersuchung wegen Hochverrats ein. Der Oberreichsanwalt beantragte im Juni 1927 in einem 60 Seiten langen Gutachten beim Reichsgericht die Einstellung des Verfahrens und die Aufhebung der Verurteilung. Das Reichsgericht hat im Oktober diesem Antrag stattgegeben, und zwar rein formelmäßig, ohne ein Wort der Begründung. Claß liegt die Weimarer Verfassung nicht; nur zu seinem Artikel 48 ist er in heißer Liebe entbrannt.

Claß hat bei seiner Vernehmung zugegeben, sein Ziel sei der wöchentliche Staat und die wöchentliche Diktatur.

er wolle das jedoch ausschließlich durch verfassungsmäßige Mittel verwirklichen, entweder durch propagandistische Beeinflussung des Volkes bei den Wahlen oder auch in der von ihm für verfassungsmäßig gehaltenen Weise, daß der Reichspräsident, um der steigenden wirtschaftlichen Not Deutschlands zu steuern, bei einer Kabinettskrisis eine sogenannte Regierung der sachlichen Arbeit berufen solle. Wenn diese Regierung das Vertrauen des Parlaments nicht habe, solle der Reichstag aufgelöst werden, und falls er dann die Maßnahmen nicht billige, wiederum aufgelöst werden. Sollen dann Unruhen kommen, so solle der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Notregeln ergreifen und einer geeigneten Persönlichkeit die vollziehende Gewalt übertragen. Der Reichstag könne wieder aufgelöst werden, und die vom Reichspräsidenten eingesetzte Persönlichkeit könne bei etwaigen Unruhen als Inhaber der vollziehenden Gewalt auf Zeit von einer Wahl des Parlaments absehen. Das ist die Potentialität des Herrn Claß, die uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen soll. Herr Claß macht kein politisches System, wie die Erschütterer, die immer ganz dicht vor der Erschließung des perpetuum mobile stehen. Wer ist nun der Mann, der nach Meinung des Herrn Claß berufen sein würde? (Zwischenruf links: Luther!) Nein, nicht Herr Luther, der ist schon wegen Vocans nicht geeignet, sondern unser Kaiser Herr Augustenberger (Reiterzeitung), der im Lokal-Anzeiger im politischen Teil zur Hebung des Intellekts seiner Leser ebenso beiträgt, wie im Intelligenzblatt zur Hebung deutscher Zucht und Sitze. (Heiterkeit.) Claß schreie damals, Hugenberg gäbe für einen staatsmännischen Kopf, er habe unbeeugliche Talente bewiesen, er sei in der schwersten Zeit der beste Berater und könne die Fragen bemeistern.

Als Herr Höflein mal bei einem guten Mahle jemand sagte, er würde ihn zum Ernährungsminister von Mecklenburg-Schwerin machen wollen, da wurde ihm das als Hochverrat ausgelegt. (Heiterkeit!)

Herr Claß veranlaßt fünfzehn Generale, dem Reichspräsidenten eine Interpellation zu überreichen, die sogenannte Generalsinterpellation, worin der Reichspräsident beschworen wurde, die Pläne des Herrn Claß durchzuführen. Herr Claß arbeitete ein Exposé aus, aber der Reichspräsident lehnte selbstverständlich die Zustimmung des Herrn Claß ab und erklärte, daß er Rathschläge von unzuständiger Seite nicht annehmen könne, er verlasse sich ausschließlich auf seine verantwortlichen Berater.

Was Herr Claß dem Reichspräsidenten zumute, lieg auf einen kraffen Staatsstreich hinaus, auf einen Putsch von oben. (Sehr wahr! links.)

Das Ziel des Herrn Claß, er laugnet es nicht, war der Sturz der Verfassung und die Wiederherstellung der Monarchie. Er schrieb an den Kaiser in Holland, Seine Majestät könne verichert sein, daß die um ihn, Claß, gescharten Getreuen mit unerschütterlichem Willen am Werke seien mit dem Ziel, in dem gescheiterten und bestreiten Vaterlande das Hohenzollerntum wieder einzuführen. Und dieses Ziel glaubte Herr Claß auf Grund des Artikels 48 in legaler Weise erreichen zu können. Der Artikel 48 ist zum Schutze der demokratischen Verfassung gegeben, aber nicht zu ihrer Vernichtung. (Sehr richtig! links.) Nach Artikel 48 kann der Reichspräsident zur Wiederherstellung der Ordnung Maßnahmen ergreifen, aber niemals hat er das Recht, die ganze Reichsverfassung zu beiseite zu werfen und den Reichstag zu verjagen und die Monarchie wiederherzustellen. Im Absatz 3 steht es ausdrücklich, daß jede Maßnahme des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 dem Reichstag unverzüglich vorzulegen und wieder aufzuheben ist, wenn der Reichstag sie nicht billigt. Das beweist die Unmöglichkeit der juristischen Dekonstruktion des Herrn Justizrat Claß. Der Reichspräsident würde sich, wenn er die zum Schutze der Verfassung am vertrauten Nachmittage unter Gewaltanwendung gegen die Verfassung benutzen würde, des Hochverrats schuldig machen. Hält der Justizminister diese meine Interpretation für richtig oder die des Herrn Claß? Warum hängt sich Herr Claß überhaupt das Mantelchen der Legalität um und sagt nicht ehrlich, daß er die Gewalt wolle? Im Jahre 1912 ließ Herr Claß sein Kaiserbuch erscheinen, 1925 gab er es neu heraus. Davin bezeichnet er den Staatsstreich als ursprüngliche Notwehr eines jeden Staates; heute seien die Dinge so weit gekommen, daß nur die Diktatur das Vaterland retten könne, und an die Spitze werde der neue Kaiser



treten. (Rufe links! Heil!) Hier wird deutlich erklärt, daß die Gewalt den zukünftigen Staat bringen solle.

General v. Seuff hat bei seiner eblischen Vernehmung ausgelegt, er habe den sicheren Eindruck gehabt, daß Claf ihn veranlassen wollte, auf Grund des Artikels 48 und gestützt auf die Reichswehr Machtsbefugnisse für sich in Anspruch zu nehmen, die nicht mit der Verfassung vereinbar waren.

Ein Hanauer Mitglied des alldeutschen Verbandes schrieb an Claf: „Ihr denkt doch nicht daran, die politische Diktatur auf dem Wege der Gewalt herbeizuführen?“ Darauf antwortete Herr Claf: „Möge es auf dem Wege der legalen Form.“ Dieses „vielleicht“ haben die Freunde des Herrn Claf, um ihn herauszuholen, als „also“ gedeutet. Dann wurde aber auch ein stenographischer Fehler für möglich erklärt, weil bei Stolze-Schrey „vielleicht“ und „also“ gewisse Ähnlichkeit haben lassen. (Heiterkeit.) Für die Verbindung des Herrn Claf mit österreichischen Verbänden sei kein Beweis erbracht worden.

Das Reichsgericht hat seine Entscheidung nicht begründet, der Oberreichsanwalt aber die Angabe des Herrn Claf für glaubhaft gehalten, daß er selbst seine Pläne für legal gehalten habe!

Nach Artikel 25 der Reichsverfassung kann der Reichstag aus demselben Anlaß nicht zweimal aufgelöst werden, Herr Claf aber hält es für zulässig, ihn auf Grund des Artikels 48 in der Verfassung verschwinden zu lassen. Der Oberreichsanwalt erklärt, daß der Artikel 48 umstritten sei, es sei nicht ausgeschlossen, daß Claf seine Pläne für rechtmäßig gehalten habe. (Hört, hört! links.) Aber niemals kann man doch behaupten, daß der Artikel 48 zur gänzlichen Vernichtung der Weimarer Verfassung mißbraucht werden darf.

Es ist mir unverständlich, wie der Reichstag einem Recht studierten Manne, wie Herrn Claf, den guten Glauben zu billigen kann. Ein Kommunist, der nur einen Teil von dem verübt hätte, was Herr Claf unternahm, würde sich für lange Zeit nicht um ein Quartier zu kümmern brauchen. (Sehr richtig! links.)

Wir verabsichtigen die Bestrebungen der Diktatur von rechts ebenso, wie die Anpreisungen der Apokalypse von links. Versuchen Sie es nur damit, Sie werden bei den Massen des deutschen Volkes auf Gramit stoßen! Die verschiedenartige Behandlung von Angeklagten von links und rechts durch das höchste Gericht führt nicht zur Korruption, das ist schon Korruption. Hier gibt es Erziehungsarbeit zu leisten. Besonders wirkungsvoll kann sie allerdings nur geleistet werden von einer Zentralkommission; deshalb sollte sich der Reichsjustizminister der Übertragung der Zuständigkeit von den Richtern auf das Reich nicht widersetzen. Sie wird kommen, weil sie kommen muß, und wir begrüßen sie heute schon. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß des Berichtes in der 2. Sitzung.)

### Reaktionäre Zitatenfälschung.

#### Die „Tägliche Rundschau“ über Otto Braun.

In einem Beitrage „Preußen und die Landwirtschaft“ führt die „Tägliche Rundschau“ u. a. aus:

„Wie der Ministerpräsident Braun über die Lage der Landwirtschaft denkt, hat er mit erstaunlichem Freimuth in seiner Neujahrrede bewiesen, in der er strupellos erklärte, die Landwirtschaft habe sich auf Kosten anderer Berufsstände bereichert.“

Die Leichtfertigkeit der Schreiber des Artikels arbeitet, geht schon daraus hervor, daß Ministerpräsident Dr. Braun überhaupt gar keine Neujahrrede gehalten hat. Sollte der Schreiber des Artikels aber den Artikel meinen, den der Ministerpräsident in der Neujahrrede des „Vorwärts“ veröffentlicht hat, so ist auch dieser falsch zitiert. Das Wort „Landwirtschaft“ kommt in dem Artikel überhaupt nicht vor. Es ist dem Ministerpräsidenten daher auch gar nicht eingefallen, der gesamten deutschen Landwirtschaft einen solchen „strupellosen“ Vorwurf zu machen. In dem erwähnten Artikel war vielmehr davon die Rede, daß die Zoll- und Wirtschaftspolitik des letzten Jahres erfolgreich in der Richtung der Bereicherung gewisser bestehender Wirtschaftskreise unter erhöhter Belastung der großen konsumierenden Volkskreise war. . . . Dieser Bürgerblockpolitik habe sich die preussische Regierung im Rahmen ihrer geringen verfassungsrechtlichen Kompetenzen oft hindernd in den Weg gestellt und werde es wohl auch in Zukunft tun.

Hieraus ergibt sich, daß die „Tägliche Rundschau“ nicht davon zurücksehen, mit solchen Zitaten zu arbeiten. Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt die Fälschung freudig auf.

### Steuern gegen Alkoholmißbrauch.

#### Forderungen der Städte.

Durch die Reichssteuererhöhung in ihrer Leistungsfähigkeit bedroht, haben die deutschen Städte durch ihren Spitzenverband die Wiedereinführung der Getränkesteuern propagiert. Daraus ein großer Entrüstungsturm in der Industrie — nicht, weil unsere Herren Industriellen bejodert wären, daß sie ihren Schoppen Bier oder Wein nicht bezahlen könnten, sondern weil die enormen Gewinne des Alkoholkapitals bedroht sind. Die Formen, die der Kampf angenommen hat, haben jetzt den Protest des Deutschen Städtetages hervorgerufen, der in seiner Abwehrhaltung folgende Gedankengänge entwickelt:

Der Alkoholmißbrauch ist in immer wachsendem Maße Ursache schwerer, sozialer Notstände (strafbare Handlungen, Geschlechtskrankheiten, Prostitution, Entmündigungen, Kindervernachlässigung, Geisteskrankheiten). Der Vorstand des Städtetages hat sich im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit veranlaßt gesehen, eingehende Grundzüge über die positive Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs aufzustellen und den Städten die Durchführung geeigneter Maßnahmen dringend zu empfehlen. Es ist selbstverständlich, daß die Städte dabei die Mitarbeit aller beteiligten Stellen, vor allem der freien Wohlfahrtspflege und der Versicherungsträger, lebhaft begrüßen.

Der Öffentlichkeit ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Städte als Träger der öffentlichen Fürsorge durch die verheerenden Folgen eines übermäßigen Alkoholverbrauchs außerordentlich finanziell belastet werden. Gerade die Wirtschaft verlangt einen Abbau der sozialen Kosten. Hier ist die praktische Möglichkeit einer vorangehenden Kostenminderung gegeben. Die Minderung des Alkoholverbrauchs in Verfolg erhöhter Getränkesteuern würde zugleich eine fühlbare Entlastung der städtischen Wohlfahrtsvereine bedeuten. Dieser Gewinn ist auch rein finanziell für die Städte größer als eine etwa eintretende Minderung des Steueraufkommens.

Gegenüber der Propaganda der Industrie auf Herabsetzung und Beseitigung wichtiger Steuerquellen ermöhnt der Städtetag die ihm angehörenden Städte zu äußerster Sparsamkeit; er lehnt jedoch angesichts der wachsenden Lasten einen systematischen Abbau der Ausgaben ab; fordert statt dessen eine organische Verwaltungsreform, bei der die kommunalen Interessen ausweichende Berücksichtigung finden.

# Zum Mitteldeutschen Metallarbeiterkampf.



Der Arbeiter: „Den Unternehmer bellt der Hund an, aber — mir schnappt er nach den Waden!“

# Kleinrentner können warten!

## Die Regierung will das Versorgungsgesetz verschleppen.

Der Reichstag ist wieder einmal in eine peinliche Situation geraten. Durch parlamentarische Anträge wurde er vor die Frage gestellt, ob nun endlich eine ausreichende Versorgung der Kleinrentner erfolgen soll. Die Regierung ließ am Dienstag im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages erklären, daß sie die Behandlung des geforderten Gesetzes bis zum Ende der Etatsberatung verschoben wissen will. Das schlug aber fehl, da auf einmal Volkspartei und Deutschnationale umgefallen sind. Waren sie noch im November für eine solche Verschleppung, so traten sie jetzt gegen die Regierung auf. Dem deutschnationalen Abgeordneten entschlüpfte dabei das Geständnis, daß die früheren Forderungen der Deutschnationalen aus dem Juni 1926 nur deshalb aufgestellt worden sind, weil diese Partei sich damals „frei“ fühlte, also hemmungslos Agitationsanträge stellen konnte.

In der sachlichen Beratung machte nun die Deutsche Volkspartei den Vorschlag, daß nur solche Kreise in die neue Kleinrentnerrolle einbezogen werden sollten, die ein Kapitalvermögen von wenigstens 10.000 M. besaßen und verloren oder über eine Kapitalrente von mindestens 500 M. jährlich in der Inflation eingebüßt haben. Der Vorschlag stieß auf die Opposition der Sozialdemokratie, die die Kleinrentnerversorgung nicht nur einem kleinen Kreis von Geschädigten zugute kommen lassen will, sondern der großen Masse, die bei der Durchführung solcher Vor schläge nach schlechter gestellt werden würde. Gestern wurde die Auseinandersetzung fortgesetzt. Die Sozialdemokratie beantragte hierzu einen Rechtsanspruch auf Rente jedem zu gewähren, der Kapitalvermögen durch die Inflation verloren hat. Nur die Besitzer von Kleinbeträgen, etwa unter 1000 M., bei denen die Rente im Verhältnis zum Vermögensaufwand stehen würde, sollen unberücksichtigt bleiben und eventuell durch die Fürsorge betreut werden. Die Höhe der Rente soll sich nach der Höhe des verlorengegangenen Kapitals richten, aber in Anrechnung des sonstigen Einkommens einen bestimmten Höchstbetrag nicht übersteigen.

Der Antrag, die Grenze bei 10.000 M. zu ziehen, verfiel der Ablehnung mit 18 gegen 7 Stimmen. Von den Deutschnationalen stimmten zwei Vertreter gegen, einer für die Grenze von 10.000 M. Die Bestimmung einer anderen Grenze blieb der nächsten Sitzung vorbehalten. Die Regierung hülfte sich zu allen

an sie gestellten Fragen in Schweigen und wird wahrscheinlich zum Schluß das ganze Gesetz, wenn es je zustande kommen sollte, für unannehmbar erklären.

### Rechtsblock und Kriegsgeschädigte.

Im schroffen Gegensatz zu dem vielen Gerede über rasche Hilfe für die Kriegsverdrängten und Liquidationsgeschädigten steht die gegenwärtige Redebegriffe in dem Reichstagsausschuss, der das Gesetz zu behandeln hat. Endlich ist nach zweiwöchiger Generalausrede angeblich der Zeitpunkt gekommen, in die Spezialberatung über die einzelnen Gesetzesbestimmungen einzutreten. Aber sofort zeigt sich, daß die nötige Zersplittertheit der Ansichten innerhalb der Regierungsparteien und der Regierung über den Charakter des Gesetzes die ganze Beratungsarbeit ins Stocken bringt. Die Regierungsvertreter kämpfen mit Klauen und Zähnen für ein Schlufgesetz. Die Regierungsparteien für das Gegenteil. Die Situation ist so unsinnig wie nur möglich. Die Regierung legt ein Gesetz vor, das endlich eine Schlufentscheidung mit bestimmten Schlufstrafen fordert. Ein Teil der Regierungsparteien rennt unbeiträt dagegen an und wieder ein anderer Teil, das Zentrum, ist bereit, für eine Zwischenlösung einzutreten.

Auf diese Weise ist man glücklich dahingekommen, daß nun bei der Spezialberatung der Streit der Generaldebatte über den Charakter des Gesetzes immer wieder aufs neue entbrannt, und jede positive Bestimmung eines Paragraphen unmöglich wird. In der Berlesenheit ist man am Mittwoch zu der verblüffenden Lösung gekommen, aus der Mitte des Entwurfs irgendeinen Absatz herauszureißen, der angeblich keinen Anlaß zum Streit gibt. Aber auch das erwies sich praktisch als unmöglich. In diesem Durcheinander beantragten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses die Vertagung der Beratung, um erst der Regierung und den Regierungsparteien Gelegenheit zu geben, sich über den Charakter des Gesetzes zu einigen.

Dieser Vertagungsantrag wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, und man begann mit der Beratung des Gesetzes aus der Mitte heraus.

Die Regierungsparteien hoffen angeblich auf diese Weise Zeit zur Vertagung zu finden, während in Wirklichkeit die Zeit totgeschlagen und der Notstand der Geschädigten draußen im Lande immer größer wird.

### Einbruch bei den Deutschnationalen.

#### Acten aus dem Fraktionsbureau gestohlen.

Am Preussischen Landtag ist nachts im Fraktionszimmer der Deutschnationalen Partei ein Einbruch verübt worden. Wie es heißt sind Wertgegenstände, soweit solche überhaupt vorhanden waren, nicht entwendet. Dagegen sind sämtliche Fraktionsacten durchwühlt worden. Bismarck Dokumente gestohlen sind, weiß man einstweilen nicht. Doch soll dabei sich der Briefwechsel der Landtagsfraktion mit gewissen Rechtsverbänden befinden. Und der Verlust dieses Briefwechsels würde den Herrschaften begreiflicherweise sehr unangenehm sein.

Die Kriminalpolizei untersucht den Fall. Sie wird hoffentlich ihr Augenmerk auf die Stelle richten, die mit Hilfe gestohlener Acten die Hege gegen die Sozialdemokratie und später auch gegen Stresemann entfaltet. Die Hintermänner dieser Hege könnten vielleicht Auskunft über die Richtung geben, in der weiter zu suchen ist.

### Wie Polen spioniert.

#### Enttüllungen im Schred-Prozess.

Im Dokumentenfälscherprozess Schred kam man gestern einen wichtigen Schritt weiter. Die Existenz des mutmaßlichen Mittelmannes zwischen Schred und der polnischen Gesandtschaft wurde ermittelt. Ein Angestellter einer Berliner Papierhandlung, die für das polnische Generalkonsulat lieferte, sagte aus, eines Tages sei ein gewisser Paciorowski, angeblicher Attaché bei der polnischen Gesandtschaft (nicht Paciorowski, wie es nach den bisherigen Äußerungen Schreds scheinen mußte), mit dem Erlauben an ihn herangetreten, die genaue Stärke der Berliner Schruppe zu ermitteln, wenn seinem Geschäft die Aufträge nicht entzogen werden sollten. Er habe dabei 500- und 1000-Dollar-Noten gezeigt und versprochen, ihm zur Flucht behilflich zu sein, wenn die Sache schief gehe. Der Angestellte ging im Einverständnis mit der Kriminalpolizei dann zum Schein auf das

Angebot ein und hielt die Verbindung mit B. eine Zeitlang aufrecht. Die Inhaberin des Papiergeschäfts bestätigte die Auslagen.

Darauf wurde als Zeuge ein Pole vorgeführt, der in Sachen Schred in Untersuchungshaft sitzt. Vorf.: Sie heißen Dylonsa? Zeuge: Nein, ich heiße Jan Janowski und bin polnischer Ministerialbeamter aus Warschau. Vorf.: Können Sie einen gewissen Paciorowski? Zeuge: Jawohl, er ist Oberleutnant beim Generalkonsulat in Warschau. (Große Bewegung im ganzen Saal.) In Berlin habe ich ihn nicht getroffen. Oberin Berlin war, das gehört zu meinem Amtsgeheimnis als polnischer Beamter. (Erneute Bewegung.) Der Zeuge, der im übrigen leugnete, mit dem Zeugen Schulz und mit der ganzen zur Verhandlung stehenden Sache etwas zu tun gehabt zu haben, wurde nicht verurteilt.

Wie wir zu der Tätigkeit des Paciorowski noch erfahren, war dieser tatsächlich als Presseattaché bei der Polnischen Gesandtschaft beschäftigt, war aber in Wirklichkeit Offizier und saß im zweiten Bureau des Polnischen Generalkonsulates in Warschau in der Nachrichtenabteilung.

### Stegerwalds Interview.

#### Er hat zwar geredet, aber nicht formuliert.

Ein bekanntes Wiener Nachrichtenblatt und ihm folgend deutsche Blätter haben ein angebliches Interview mit Adam Stegerwald veröffentlicht, in dem der christliche Gewerkschaftsbeamte sehr ungeschminkte Wahrheiten über das Zentrum und seine Führung von sich gibt. So soll Stegerwald erklärt haben, die christlichen Arbeiter verlangten eine vollständige Umgestaltung des Parteiapparates, in dem sich neuerdings Elemente geltend machten, die der Partei innerlich fern seien und nur der Karriere halber sich in die Zentrumspartei drängten.

Das, was in den Blättern wiedergegeben wurde, soll beinahe so aus, als ob Stegerwald ernsthafte Opposition zu machen gedente. Jedoch läßt er vorsichtigerweise durch ein Telegraphenbureau erklären, daß er zwar gelegentlich mit einem Journalisten gesprochen, jedoch keine Formulierungen getroffen habe und deshalb die Verantwortung für das Veröffentlichte ablehne!









Aus diesen Formen, Bildern und Gestalten bildet sich das Gesicht der Welt. Auch der Gerichtsvollzieher gehört hinein, damit sie an ihrer Vollkommenheit nichts verliere. Doch hat er einen umstrittenen Beruf. Zwischen Zuneigung und Haß pendelt er hin und her; er soll neutral sein, nur Beamter, der den Arm der Gerechtigkeit führt. Das er aber auch Mensch ist und daß gerade ihn sein Beruf in die tiefsten Abgründe sozialen Elends hineinblicken läßt, das sollten besonders seine Auftraggeber nie vergessen.

Ein Tag mit dem Gerichtsvollzieher.

Begleiten wir ihn einige Stunden auf dem Wege seines schweren Berufs. Hierbei schildern wir Personen und Begebenheiten so, daß auch die nächst Betroffenen sich nicht zu erkennen vermögen, obwohl von der Wahrheit nicht abgewichen wurde. Den Gerichtsvollzieher scheint ein jeder zu kennen, denn wir werden schon auf dem Wege von allen Seiten begrüßt. „Guten Morgen, Herr Weber! Wollen Sie zu mir?“ ruft man ihm lobend entgegen; ebenso lobend winkt er ab. In behäbiger Rundlichkeit, im warmen Palatet wohl verhüllt, die Aktentasche unter den Arm geklemmt, so steigt er Treppe um Treppe und verschwindet in den sonderbarsten Häusern. Er scheint überall Bescheid zu wissen, kennt Tag und Stunde, wozu seine Kunden anzutreffen sind. Manchmal treten wir vor einer Tür etwas abseits vom Guckloch, damit der durch das Loch Spähende nicht gleich den „willkommenen Freund“ zu Gesicht bekommt. Oft macht er auch drei- und viermal den Weg umsonst, ehe er Gewalt anwenden und die Tür vom Schloß öffnen läßt. Am meisten ärgert es ihn, wenn die Flüche im Bau sind und nur aus Niederträchtigkeit nicht geöffnet haben. Es ist dem Beamten auch vorgekommen, daß er die Tür gewalttätig öffnen sah und brinnen der Inhaber ihm den Einstellungsbescheid des Gerichts über die Pfändung präsentierte, womit alle Mühe umsonst war.

Der erste Morgenbesuch in seinem Bezirk gilt einem Kaufmann. Der Gläubiger hat aufgetragen, zuerst in die Privatwohnung des Schuldners das Guckloch zu versuchen. Die Privatwohnung, die wir betreten — das Hausmädchen hat geöffnet — ist von verdächtiger Eleganz und Reueit. „Hier ist bestimmt nichts zu holen!“ flüstert mir der Gerichtsvollzieher zu. Trotzdem ist der Schuldner sichtlich erschrocken. Er behauptet, es sei ein Schriftstück vorhanden, das ausweist, daß die Sachen einem Dritten gehören, von dem er sie leihweise zur Benutzung hat. Aber das Schriftstück

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Indes, wenn es auch zu keinem so verheerenden Ausbruch kam, so war es doch für Mr. Barnstaple unbedingt erforderlich, sich einige Zeit von Peewe fernzuhalten. Ein- oder zweimal hatte er ihm schon widersprochen. Ein Streit konnte jeden Augenblick ausbrechen. Es war klar, daß der erste Schritt, den er tun mußte, um sich von Mr. Peewe zu befreien, ein Besuch beim Arzt war. Also ging Mr. Barnstaple zu einem Arzt.

„Ich verliere die Gewalt über meine Nerven,“ sagte Mr. Barnstaple, „ich bin fürchterlich nervös.“ „Sie leiden an Neurasthenie,“ sagte der Arzt. „Ich habe einen Abscheu vor meiner täglichen Arbeit.“ „Sie brauchen einen Urlaub.“ „Glauben Sie, daß ich eine Abwechslung nötig habe?“ „Eine so gründliche, wie nur irgend möglich.“ „Können Sie mir einen Ort empfehlen, wohin ich gehen könnte?“ „Wohin wollen Sie gehen?“ „Ich habe kein bestimmtes Ziel. Ich dachte, Sie könnten mir etwas empfehlen.“ „Lassen Sie sich von irgendeinem Ort anziehen — und gehen Sie dorthin. Legen Sie jetzt Ihren Neigungen keinerlei Zwang auf.“ Mr. Barnstaple zahlte dem Doktor eine Guinee und, gewappnet mit dessen Ratsschlägen, bereitete er sich darauf vor, Mr. Peewe von seiner Erkrankung und der Notwendigkeit eines Urlaubs zu benachrichtigen, sobald sich die Gelegenheit ergeben würde.

Eine Zeitspanne bedeutete der in Aussicht stehende Urlaub für Mr. Barnstaple eine Vermehrung der schon äußerst schwer auf ihm lastenden Sorgen. Der Entschluß, fortzugehen, sollte ihn plötzlich vor drei anscheinend unlösbare Probleme stellen: Wie fortkommen? Wohin? Und, da Mr. Barnstaple zu jenen Beuten gehörte, die sehr schnell ihrer eigenen Gesellschaft überdrüssig werden: Mit wem? Verstoßene Pläne brachen wie ein leuchtender Strahl durch die Miene voll aufrichtigen Jammers, die Barnstaple in letzter Zeit zur Schau trug. Aber niemand achtete sonderlich auf Barnstaples Gesichtsausdruck. Eines war ihm ganz klar. Nicht ein Wort von diesem

Ein trauriges Amt

beimdet sich im Geschäft. Schön, wir wandern also zum Geschäft, einige Straßen weiter, und warten. Aber auch hier will sich das wichtige Dokument nicht finden lassen. Da beschwört ihn der Kunde, in nochmals zwei Stunden wiederkommen, es würde sich gewiß finden lassen. Er bietet ein Bild vollständiger Angst und Verzweiflung; der Gerichtsvollzieher hat Mitleid, und wir ziehen ab. Draußen erklärt mir der Beamte: Drohender Konkurs — Aktord mit den Gläubigern auf 40 Prozent — wenn alles gut geht, kommt der Schuldner noch einmal mit heiler Haut aus dem Schlamassel.

In einer anderen Straße ein ähnlicher Fall. Hier ist eine Mietschuld bei dem Inhaber einer Sieben-Zimmer-Wohnung einzutreiben. Madame öffnet selbst, ist sichtlich erfreut über das Kommen des guten Bekannten. Der Gatte dagegen möchte ihm mit militärischem Schmied in die Parade fahren. 300 Mark gingen von der eingeklagten Schuld ab, denn die hätte ihm die Behörde an Hauszinssteuer erlassen. Verwundert frage ich mich im Stillen, wie das zugehen mag, daß der Inhaber einer Sieben-Zimmer-Wohnung von der Hauszinssteuer befreit werden kann? In solchem Falle müßten ja Leute mit Stube und Küche überhaupt nichts zu zahlen brauchen! Der Schuldner hat kein Geld, er wird in der vollen Höhe des Betrages gepfändet, denn der Beamte hat als Gerichtsvollzieher sich nur den Weisungen seines Auftrages anzupassen. „Der Mann wird bezahlen, ehe die Sachen zur Versteigerung kommen!“ jagt draußen der Beamte, denn die Möbel waren persönliches Eigentum. In einem dritten Haus pfändet er ein Klavier. Als gewitzter Mann läßt er sich aber vorher den Defekt anschauen, denn es ist ihm und seinen Kollegen schon passiert, daß sie Klaviere ohne Tasten und Saiten pfändeten, leere Alttrappen. „Eigentlich müßten wir ja das Siegel an sichtbarer Stelle anbringen,“ meint er, „aber das macht heute kein Gerichtsvollzieher mehr. Die Gerichte würden sich nicht retten können vor Beurteilungen wegen Pfänderverletzung.“ Bei einem Barren prophesiert mir der Beamte, daß bei diesem Kunden nichts zu holen sei. Seit vier Jahren geht er bei ihm aus und ein. Es wäre schade um Zeit und Geld, die von den Gläubigern, dem Gericht und den Gerichtsvollziehern aufgewendet werden, um von diesem Geschäftsmann etwas zu bekommen. Der aber scheint sehr gut einen solchen Zustand zu ertragen, vielleicht besser als mancher ehrliche Arbeiter, der sich mit seiner Hände Fleiß ernährt. Ab und zu wird er von dem Herrn Weber zum Gericht geführt, wo er den — Disbarungsseid leiten muß. Der Verkehr zwischen dem Gerichtsvollzieher und dem Schuldner vollzieht sich in durchaus todtlichen Formen; jeder von den Parteien weiß, wie juristisch der Hals kist, die Protokolle werden ausgefüllt, pflichtschuldigst überzeugt sich der Beamte von dem „noch“ vorhandenen Inventar und den Uebertragungspapieren an einen Erbschuldner. Wir verabschieden uns auf „haldiges Wiedersehen!“ Und doch habe ich das Gefühl, daß gerade bei diesem Fall der Beamte sehr auf der Hut ist und den Schieber einmal in einer schwachen Stunde überraschen wird, wo er ihn dann fohlt. So hat auch dieser trockene unympathische Beruf seine geheimen Reize.

An der folgenden Stelle ist der Geschäftsinhaber nicht anwesend, das Personal weiß nicht Bescheid, Herr Weber ver-

urlaub durfte zu Hause laut werden. Er mußte ganz genau, was geschehen würde, wenn Mrs. Barnstaple Wind davon bekam. Sie würde mit einer Riene hingebungsvollen Eifers die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. „Du mußt einen richtigen Urlaub haben!“ würde sie sagen. Sie würde einen ziemlich entfernten und teuren Aufenthaltsort in Cornwall, Schottland oder in der Bretagne wählen, sie würde einen Hausen Reiseausstattung zusammenkaufen, sie würde noch im letzten Augenblick verspätete Einkäufe haben und das Gepäck mit lästigen Dingen vollstopfen, und — sie würde die Jungen mitnehmen. Wahrscheinlich würde sie es so einzurichten verstehen, daß ein oder zwei Freundesgruppen an denselben Ort kämen, um „etwas Beben in die Erde zu bringen“. Und dann würden die sicherlich ihre schlechtesten Charakterzüge hervorkehren und sich als ganz unausstehliche Menschen entpuppen. Es würde kein ordentliches Gespräch, keine echte Fröhlichkeit geben, sondern nur endlose Spiele... Rein!

Wie kann es aber ein Mann anstellen, auf Urlaub zu gehen, ohne daß seine Frau Wind davon bekommt? Jemand muß doch ein Koffer gepackt und aus dem Hause geschmuggelt werden. Mr. Barnstaple betrachtete es als den hoffnungsvollsten Umstand in seiner Lage, daß er ein kleines Automobil sein eigen nannte. Es war nur natürlich, daß dieser Wagen eine große Rolle in seinen geheimen Plänen spielte. Er schien ihm die günstigsten Möglichkeiten zum Entkommen zu bieten. Das Problem „Wohin?“ fand eine einfache Lösung: Von einem festen, genau bestimmten Punkt aus, nach einem Ort, der in der Mathematik, ich glaube, geometrischer Ort genannt wird. Und dann hatte das kleine Biest etwas so Gemüthliches an sich, daß es leise, aber ganz vernehmlich die Frage beantwortete: Mit wem? Es war ein Zweifler! In der Familie hieß es „Das Fußbad“, der „Senfstopf“ oder „Die Gelbe Gefahr“. Wie man aus diesen Bezeichnungen schließen kann, war es ein niederer, offener Wagen von grellgelber Farbe. Barnstaple benötigte ihn zur Fahrt von Sydenham nach seinem Bureau. Der Wagen legte mit einer Gallone Brennstoff dreihundertfünfzig Meilen zurück, war also viel billiger als eine Monatskarte. Tagsüber stand er im Hof unter dem Bureaufenster. In Sydenham war er in einem Schuppen untergebracht, zu dem nur Mr. Barnstaple den Schlüssel besaß. Auf die Art wurde verhindert, daß die Jungen das Auto fuhren oder in Stücke zerlegten. Manchmal fuhr Mrs. Barnstaple damit in Sydenham umher, ihre Einkäufe zu besorgen. Aber sie konnte den kleinen Wagen nicht recht leiden, weil er sie zu sehr den Elementen aussetzte

zichtet für heute auf die Pfändung; er kennt den Schuldner und weiß, daß er bezahlt, wenn es Ernst wird. Der Nächste erledigt sich in prompter Zahlung seiner Schuld in Höhe von 200 Mark, die der Gerichtsvollzieher sorgsam in einer Innentasche der Hobe verstaubt. Auch hier muß er, wie bei allen anderen, den Vorwurf in Empfang nehmen: „Was wollen die Leute nur, wir haben ja noch gar keine Aufforderung zum Zahlen erhalten?“ Nein, eine solche Aufforderung gibt es bei Gericht nicht, der Richter steht mit dem Urteil beim Termin die Sache als erledigt an.

Soll man noch mehr erzählen von der Person des Gerichtsvollziehers, von diesem Beruf, der, zwischen Milde und Strenge schwankend, den sozialen Ausgleich zwischen den Klassen, zwischen Gläubigern und Schuldnern, Starken und Schwachen, herstellen soll? Sechs Pfändungen an einem Morgen, und nur ein Gläubiger war von den sechs befriedigt worden!

Kloth beleidigt die Arbeitslosen. Sturm in der Reutköfener Bezirksversammlung.

In der Bezirksversammlung Reutköfen stand gestern ein Antrag zur Tagesordnung, der eine Änderung der Vorschriften über die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Erwerbslosenfürsorge vorsah. Nachdem unser Redner, Genosse Harnisch, in erster Reihe auf die Notwendigkeit einer besseren Berücksichtigung der Arbeitslosen hinwies und verlangte, daß die Karenzzeit nach Möglichkeit verkürzt werden sollte, erging sich der Berliner Arbeiterschaft jenseits bekannte Arbeiterredner Kloth, jetzt Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, in eine Beschimpfung der Arbeitslosen. Er jagte wörtlich:

„Die Arbeitslosen, die früher vielleicht noch Arbeit angenommen hätten, vor allen Dingen die Raurer, verzögeln heute auf Annahme von Arbeit, weil ihnen die Arbeitslosenunterstützung einen allzu hohen Betrag zur Lebenshaltung zur Verfügung stellt.“

Diese von noch niederträchtigeren Behauptungen begleitete Redewendung erregte auf der ganzen linken Seite des Hauses berechtigtes Entrüsten. Da sich Kloth nicht zur Zurücknahme seiner Verleumdungen bereitwillig erklärte, mußte der Vorsteher, Genosse Heilmann, die Sitzung schließen.

Neue Räume für das Arbeitsgericht in Berlin.

Nach mehrwöchigen Bemühungen ist es nunmehr, wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, gelungen, dem beim Arbeitsgericht in Berlin infolge einer das vorhergehende Jahr weit übersteigenden Zunahme der Geschäfte eingetretenen, auch in der Presse erörterten Raumangel in zufriedenstellender Weise abzuhelfen. Auf Grund eines dieser Tage geschlossenen Vertrages werden drei Inspektoren des Arbeitsgerichts mit zehn Sitzungssälen, den erforderlichen Beratungszimmern und Beamtenarbeitsplätzen im Gebäude der ehemaligen Kunstgewerbeschule, Prinz-Albrecht-Straße 8, alsbald untergebracht werden. Der Gewinn der großen und hellen, für die Zwecke des Arbeitsgerichts bestens geeigneten Räume ermöglicht eine willkommene Entlastung des Hauses Zimmerstraße 90/91, dessen Räumlichkeiten zugleich durch baldige Maßnahmen noch wesentlich verbessert werden sollen.

Was wird Stadtrat Busch tun?

Wir hoben in der Mittwoch-Abendausgabe gemeldet, daß Stadtrat Busch, der Grundstücksdezernent des Magistrats, von seinen Parteifreunden in der Wirtschaftspartei aufgefordert worden ist, sein Stadtratsmandat niederzulegen. Die Grundstückspolitik Berlins, auf die er bestimmenden

und sie darin verstaubt und zerzaust wurde. Durch all das, was der kleine Wagen ermöglichte, und durch all das, was er verhinderte, war er offenbar zum Mittelpunkt des benötigten Urlaubs bestimmt. Und Mr. Barnstaple fuhr ihn wirklich gern. Er steuerte sehr schlecht, aber sehr vorsichtig. Und obwohl die Karre manchmal stehen blieb und sich weigerte, weiterzufahren, so tat sie doch nicht das, was die meisten anderen Dinge in Mr. Barnstaples Leben taten, oder sie hatte es wenigstens bisher nicht getan; nämlich, sich nach Osten zu wenden, wenn Barnstaple das Steuerrad nach Westen drehte. Dies verlieh ihm ein angenehmes Gefühl von Ueberlegenheit.

Schließlich traf Mr. Barnstaple seine Entscheidung mit großer Eile. Plötzlich eröffnete sich ihm eine günstige Gelegenheit. Donnerstag hatte er bei dem Drucker zu tun, und er fühlte sich furchtbar abgeheft, als er abends heimkam. Das Wetter war andauernd heiß und trocken. Nicht zuletzt quälte ihn der Gedanke, daß diese Dürre Hunger und Elend für die Hälfte der Welt vorausahnen ließ. Und in London herrschte Hochsaison — mondän und frohenhaft. Dieses Jahr war womöglich noch blödsinniger als das große Langjahr 1913, welches Mr. Barnstaple im Hinblick auf die darauf folgenden Ereignisse bis jetzt für das blödsinnigste Jahr der Weltgeschichte gehalten hatte. Der „Star“ brachte die übliche Reihenfolge schlechter Nachrichten neben der Spalte, in welcher die sportlichen und gesellschaftlichen Neuigkeiten herrschten. Zwischen den Russen und Polen waren Kämpfe ausgebrochen, ebenso in Irland, in Klein-Asien, an der indischen Grenze und in Ostsibirien. Drei neue schreckliche Mordtaten waren geschehen. Die Grubenbesitzer hielten noch immer die Aussperrung aufrecht, und es drohte ein großer Maschinenstreik. In der Bahn hatte Barnstaple nur einen Stehplatz bekommen und der Zug war mit zwanzig Minuten Verspätung abgefahren.

Zu Hause fand er einen Zettel vor, auf dem ihm seine Frau mitteilte, daß ihre Vettern aus Wimbledon telegraphiert hätten, man habe dort die seltene Gelegenheit, Mademoiselle Benglen und andere Größen Tennis spielen zu sehen; sie sei mit den Jungen hinübergefahren und werde erst spät zurückkehren. Es sei dem Spiel der Jungen unendlich förderlich, meinte sie, wenn sie wirklich erstklassige Tennispieler zu sehen bekämen. Die Dienstmoten hätten an diesem Abend ihren Ausgang. Er werde hoffentlich nicht böse sein, diesmal allein daheim bleiben zu müssen. Die Mädchen würden etwas kalten Aufschnitt für ihn bereitstellen, ehe sie fortgingen.

(Fortsetzung folgt.)



Einfluß hat, gefüllt der Wirtschaftspartei nicht, darum soll er die Tür nun brauchen zumachen. Es handelt sich um den Posten eines unbefeldeten Stadtrats, den Herr Busch als Vertreter der Wirtschaftspartei erhalten hat. Was wird Stadtrat Busch tun? Einstweilen erklärt er, daß er nicht daran denkt, dieser Aufforderung zum Verzicht auf seinen Stadtratsposten nachzukommen. Er will ihn behalten und lieber auf die Zugehörigkeit zur Wirtschaftspartei verzichten.

## Orkan über Amerika.

Viele Tote. — Großer Sachschaden.

New York, 25. Januar.

Der Orkan, durch den auch ein Säulhaus von Holmesreef (Tennessee) umgeweht wurde, hat in den Süd- und Oststaaten großen Sachschaden angerichtet. Zahlreiche Gebäude wurden zerstört und beschädigt. Das Schulhaus in Lang (Kentucky) wurde zerstört. Die Telegraphen-, Telefon- und Lichtleitungen sind an vielen Stellen unterbrochen. Die Ausläufer des Orkans richteten auch im Bezirk von New York beträchtlichen Schaden an. Ein auf dem Dach eines eiförmigen Geschäftshauses der New-Yorker Ostseite aufgestellter Wasserkran wurde durch den Sturm umgerissen. Der Tank durchschlug vier Stockwerke. Man befürchtet, daß unter den Trümmern mehrere Personen begraben worden sind. Zahlreiche Schiffe wurden von den Häusern abgerissen und hunderte von Fensterscheiben eingedrückt. In Coney-Island wurde ein unbewohntes zweistöckiges Haus umgerissen. Auch ein Teil des Daches des Astoria-Hotels wurde fortgerissen. Die Schiffsahrt ist durch den Orkan fast vollständig unterbrochen. Die Schiffsahrt ist durch den Orkan fast vollständig unterbrochen. Die Schiffsahrt ist durch den Orkan fast vollständig unterbrochen.

## Gestohlene Konstruktionsentwürfe.

Schließung der Kromhout-Werke in Brakel.

Die Gerlach-Werke Aktiengesellschaft in Nordhausen hatten in zweijährigen Vorarbeiten einen Kompressor- und Ventilator-Dieselmotor konstruiert, für den sich bereits mehrere Firmen in Frankreich und Belgien zu interessieren begannen. Als die letzten Versuche beendet waren und der neue Motor um die Jahreswende auf den Markt gebracht werden sollte, traten die beiden Spezialingenieure, die mit dem Bau des Motors betraut gewesen waren, aus den Gerlach-Werken aus, um zu der Filiale der Kromhout-Werke Aktiengesellschaft (Amsterdam) in Brakel in Westfalen überzugehen. Wenige Tage nach ihrem Weggehen entdeckte man, daß ein großer Teil Zeichnungen, Versuchsergebnisse und Korrespondenzen fehlte. Die Gerlach-Werke ermittelten hierauf Anzeige. Eine bei den Kromhout-Werken in Brakel vorgenommene Untersuchung förderte u. a. über 200 Originalzeichnungen der Gerlach-Werke zutage. Aus vorgefundenen Korrespondenzen ergab sich, daß die Direktion der Kromhout-Werke zum mindesten um die Angelegenheit wußte. Das Brakel-Werk ist unter Bewachung gestellt und der Betrieb stillgelegt worden.

## Vor der Einschulung.

Noch niemals war der Einschulungstermin von größerer Bedeutung als in diesem Jahre. Das Reichsschulgesetz steht vor der Annahme durch die gesetzgebenden Körperschaften. Seine Hauptgrundzüge sind von den reaktionären Parteien des Bürgerblocks im Bildungsausschuß des Reichstags festgelegt worden. Wenn nicht die Neuwahlen vor der Verabschiedung des Gesetzes kommen, dann wird die deutsche Volksschule auf Jahre hinaus unter die Herrschaftsgewalt einer mittelalterlichen Kirche gestellt.

Alle Eltern sollten sich, bevor sie die Entscheidung über die Einschulung ihrer Kinder treffen, noch einmal die Beschlüsse des Bildungsausschusses ansehen. Da ist auf der einen Seite die kommende Kirchen- und Religionsunterricht in streng konfessioneller Dogmatik erteilt werden muß. Alle wissenschaftlichen Ergebnisse der letzten Jahrhunderte werden über den Haufen geworfen. Wieder wird für Strenggläubige Gott in sechs Tagen die Welt erschaffen. Marias unbefleckte Empfängnis wird sichergestellt, und die Dreieinigkeit wird in die Gehirne einer modernen Jugend einzuhaunern sein. Der Geistliche übernimmt die Aufsicht für die Durchführung dieser Dogmen, und der Lehrer wird zum Diener der Kirche degradiert. Was hilft der einmütige Protest der gesamten Lehrerschaft bis in deren konfessionelle Reihen? Die Kirche triumphiert über Wissenschaft, Schule und Lehrerschaft. Sie wird die Lehrer und Lernmittel auf ihren christlichen Gehalt prüfen. Sie wird in den schulischen Körperlichkeiten mit Hilfe der bürgerlichen Vertreter über die Schulausgaben und Schulbesetzungen in ihrem Sinne bestimmen.

Einzig unabhängig und frei bleibt von dem kirchlichen Einfluß die weltliche Schule. Eltern, überlegt das! Nehmt die Konsequenzen und schickt euer Kind in die weltliche Schule.

Am 14. Verwaltungsbezirk findet die Einschulung in dieser Woche bis einschließlich 28. Januar statt. Weltliche Schulen sind in Neukölln: 5. und 6. Gemeindefschule, Mariendorfer Weg; 18. und 16. Gemeindefschule, Lessingstraße; 31., 32., 41. und 42. Gemeindefschule, Rühlstraße; 43. und 46. Gemeindefschule, Kaiser-Friedrich-Straße 4; 53. und 54. Gemeindefschule, Herzbergplatz. Weltliche Klassen gibt es in: 8. Gemeindefschule, Wählower Straße (bis zur 2. Klasse aufsteigend); 24. Gemeindefschule, Schiller Promenade (Anfängerklassen). Die 31., 32., 43. und 46. Gemeindefschule sind Gemeindefschulschulen.

## Zwei tödliche Arbeitsunfälle.

Im Laufe der gestrigen Nachmittagsstunden ereigneten sich fast zu gleicher Zeit zwei schwere Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. — Auf dem Lagerplatz der Firma Bierburg in der Ringbahnstraße 40 zu Tempelhof war der 39jährige Arbeiter Friedrich Broich aus den Zelten 13 mit dem Stapeln von Eisenbahnen beschäftigt. Plötzlich kam der Eisenstapel ins Wanken, stürzte tragend um und begrub Broich, dem es nicht mehr gelang, sich in Sicherheit zu bringen, unter sich. Der Berührung wurde von der Feuerwehr geborgen und mit schweren Verletzungen zum Standortlazarett in Tempelhof gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung starb. Eine Untersuchung über die Schuldfrage wurde sofort eingeleitet. Der zweite tödlich verlaufene Unfall trug sich auf dem Gelände des Warenhauses Wertheim in der Bohrerstraße zu. Von einer etwa 10 Meter hohen Stange stürzte plötzlich der dort mit Dekorationsarbeiten beschäftigte 64jährige Malermeister Robert Reifferscheidt in die Tiefe. Der Unfall wurde durchschlag ein im Parterre befindliches Glasdach und blieb mit zertrümmertem Schädel im Keller tot liegen. Seine Leiche wurde beklagnahmt.

Blitze Hagel. Am Donnerstag, dem 26. Januar, und folgende Tage findet ein blüher Hochdruck statt. Es kommen zum Verkauf: lebendlicher Dorsch mit Kopf pro Pfund 25 bis 30 Pf., ohne Kopf pro Pfund 20 bis 40 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

# Berlin steht auf „Modder“.

Die Gefahren des schlechten Baugrundes der Innenstadt.

Die Häuserinsturzgefahr scheint in Berlin nachgerade „epidemisch“ werden zu sollen. Nach beraten und prüfen die Behörden, was gegen die in Charlottenburg in der Hebbelstraße aufgetretenen Bauschäden getan werden soll. Bevor sie zu einer Entscheidung hierüber gelangen konnten kommt aus dem alten Berlin, aus der Besselfstraße, jetzt dieser neue Hilferuf. Neu ist allerdings nicht, daß in diesem Stadtteil viele Häuser auf schwankendem Grunde stehen. Der „Vorwärts“ hat schon vor Monaten berichtet, daß der Zustand des Hauses Besselfstraße 22 gefährdend ist. Soviel wir uns erinnern, mußte an derselben Stelle schon vor einigen Jahrzehnten ein Haus wegen aufgetretener Senkungen und Risse gestürzt und durch einen Neubau ersetzt werden. Irrten wir nicht, so war es daselbst Grundflur Besselfstraße 22. Seit diesen Jahrzehnten bieten auch die alten Häuser der benachbarten Charlottenstraße zwischen Besselfstraße und dem Theater einen Anblick, der nicht besonders vertrauenswürdig ist. Einige Häuserfronten haben sich merklich geneigt, und an manchen Stellen sieht man die Spuren von Rissen, die ausgefüllt und verputzt wurden. Daß die älteren Teile Berlins größtenteils keinen guten Baugrund haben, ist bekannt. Das alte Berlin liegt im Spreetal, das reich an moorigen Stellen ist. „Modder“ nennt sie der Berliner. Das Spreetal reicht einmal vom Rand der Höhebene Barnim bis zum Rand der Höheebene Teltow, das heißt von den Anhöhen vor dem Rosenfelder Tor, Schönhauser Tor, Prenzlauer Tor, Königsplatz bis zu der Gegend des Kreuzbergs. Im unteren Teil der Friedrichstadt, die noch im Spreetal liegt, ist der Baugrund besonders schlecht, was schon mancher Grundstücksbesitzer bei der Bebauung an den Mühen und Kosten der Fundamentierung sehr unangenehm gelehrt hat. Etwas an der Stelle, die heute von Charlottenstraße, Besselfstraße und Friedrichstraße umgeben wird, findet sich auf einem Stadtplan, der den Zustand um die Mitte des 17. Jahrhunderts zeigt, eine Gruppe von Lämpeln. Die tieferliegenden Moore, die hier liegen, konnten selbstverständlich bei der Bebauung im 18. Jahrhundert nicht beseitigt werden, sondern man mußte sich mit Pfahlrosten helfen. Auch in anderen Teilen der Friedrichstadt könnte man es einmal erleben, daß die Läden des Baugrundes sich bemerkbar machen und Häuser ins Wanken kommen. In der Besselfstraße scheint sogar der Fahrdamm vor dem Hause Nr. 22 sich senken zu haben, weil der moorige Untergrund nicht tragfähig ist.

## Die Räumung des Vorderhauses Besselfstraße 22.

Gestern nachmittag fand durch leitende Beamte des Bezirksamtes und Polizeiamtes Kreuzberg eine Besichtigung des gefährdeten Hauses Besselfstraße 22 statt. Im Vorderhaus des Grundstückes Besselfstraße 22 befinden sich zurzeit noch ein Rigarengeschäft und im ersten und zweiten Stockwerk ein Hotel- und Restaurationsbetrieb. Das dritte Geschöß und ein zweiter Laden im Erdgeschöß stehen leer. In dem zurzeit nicht gefährdeten Seitenschuß wohnt nur der Portier des Hauses. Die Gebäude werden schon seit Jahren regelmäßig von der Baupolizei kontrolliert. Da aber infolge neuerdings aufgetretener Risse die Baupolizei eine Verantwortung für das Verbleiben der Bewohner des Vorderhauses nicht weiter übernehmen zu können glaubt, ist an die Inhaber des Hotel- und Restaurationsbetriebes und des Rigarengeschäftes eine Räumungsverfügung ergangen. Die Räumung ist, da eine unmittelbare Gefahr nicht besteht, bis zum 10. Februar befristet worden. Das Wohnungsamt des Bezirksamtes Kreuzberg wird auf Wunsch den ausgewiesenen Mietern Ersatzwohnräume zur Verfügung stellen.

## Hebbelstraße 17.

Die im Rathaus Charlottenburg unter Beteiligung des Polizeipräsidenten, der städtischen zentralen Baupolizei, der zentralen Bauverwaltung, der städtischen Bezirksbaupolizei, der Bezirksbauverwaltung, des Zentralwohnungsamtes, des Bezirkswohnungsamtes und des Rekoierungs- und Baurats Tuppe stattgehabte Beratung wegen der für die Häuser Hebbelstraße 17, 18, 19 und Frischelstraße 17 zu erziehenden Maßnahmen ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der städtischen Baupolizei zu empfehlen sei, die Räumung der Wohnungen im Hause Hebbelstraße 17, soweit sie im Vorderhaus am Eingang 1 belegen sind, sofort anzuordnen. Doch werden bei der Durchführung der Räumung Schärpen vermieden werden. Bis

## Republikanischer Abend

heute, Donnerstag, den 26. Januar, 10 Uhr, im Viktoria-Garten, Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114  
Genosse Philipp Scheidemann, M. d. R., spricht über:  
**Der Kampf um die Republik.**  
Alle Republikaner sind eingeladen. SPD, Wilmersdorf

Am 25. Januar 1928 ist

Herr Landrat a. D.

## Dr. Otto Constantini

Leiter des Deutschen und Preussischen Landkreistages

seinem langen und schweren Leiden erlegen und in die ewige Heimat abgerufen worden. Der Verlust, den der Deutsche und Preussische Landkreistag durch den Tod seines Führers erleidet, ist ein unersetzlicher. In nie ermüdender Schaffenskraft hat dieser vortreffliche und aufrechte deutsche Mann seine hervorragenden Gaben und seine bewundernswerte Arbeitskraft 7 Jahre in den Dienst der deutschen Kreise gestellt. Der Aufbau ihrer kommunalen Spitzenorganisation zu der jetzigen Höhe ist sein Werk. — Am Landkreistage hing sein Herz, für den Landkreistag hat er gelobt!

Das werden wir nie vergessen.  
Erschüttert stehen wir erfüllt vom Dank für seine Treue und seine Arbeit in tiefer Trauer um den schweren Verlust an seiner Bahre.

Namens des Deutschen und Preussischen Landkreistages

Der Vorsitzende:

v. Achenbach, Landrat des Kreises Teltow.

Die Beisetzung findet am Sonnabend, dem 28. Januar 1928, nachm. 8 Uhr, in Potsdam von der Kapelle des alten Friedhofes aus statt.

spätestens 20. Februar d.J. hat sich das Bezirkswohnungsamt bereit erklärt, allen beteiligten Mietern Unterkunft zu beschaffen. Bis zur Räumung der in Frage kommenden Wohnungen werden diese unter einer besondere Beobachtung gestellt werden, so daß weitere Veränderungen rechtzeitig erkannt werden. Wegen der für die Sanierung des Hauses Hebbelstraße 17 und der übrigen Häuser zu erziehenden Maßnahmen werden eingehende Untersuchungen, namentlich der Bodenverhältnisse, durch die beteiligten Behörden fortgesetzt, und es wird in einer demnächst abzuhaltenden erneuten Konferenz festgelegt werden, welche Maßnahmen nunmehr Hand in Hand mit den Eigentümern zu treffen sind. — Wegen der Häuser Hebbelstraße 18/19 und Frischelstraße 17 wurde nicht für notwendig gehalten, eine Räumung anzuordnen.

In der gestrigen Bezirksversammlung Charlottenburg wurden mehrere Anfragen über die Vorgänge in den Häusern Hebbelstraße 17 und 18 beraten. Unsere Genossen hätten eine Anfrage eingebracht, ob das Bezirksamt bereit ist, für die vollständige Räumung Sorge zu tragen, die Mieter unterzubringen und den Mietern einen wirtschaftlichen Schaden zu ersparen. Der Sprecher der Fraktion führte aus, daß die Baupolizei eine grobe Pflichtverletzung begangen hat, als sie schon leinzeit den Aufbau der Häuser nicht genügend beaufsichtigt. Die Deutschnationalen schloßen sich der Anfrage an. Der Sprecher der Fraktion stellte ausdrücklich fest, daß dem Delegierten des Wohnungsamtes, Stadtrat Genosse Horlich, kein Vorwurf zu machen sei. Zur Beantwortung der verschiedenen Anfragen nahm Stadtrat Genosse Horlich das Wort, um die Bezirksverwaltung eingehend zu informieren. Der Sachverständigenausschuß, der am Montag dieser Woche getagt hatte, hat ausdrücklich festgestellt, daß zwar eine Räumung notwendig ist, aber zu vermeiden ist. Genosse Horlich schiederte dann die Entstehung der Unzutruglichkeiten bei der Unterbringung der Familien Reich und Koch. Die zuständigen Behörden, vor allem die Baupolizei, haben verabkamt, mit dem Bezirksamt zusammenzuarbeiten und dadurch dem Wohnungsamt erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Zum Schluß teilte Genosse Horlich mit, daß die Baupolizei verfügt habe, daß weitere sieben Mieter bis zum 31. Januar ihre Wohnungen geräumt haben müssen. Das Wohnungsamt hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, um bis dahin für alle Familien Wohnungen zu schaffen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden dann noch über die Hilfsaktionen für die Mieter nähere Angaben gemacht. Es wurde betont, daß Rechtsansprüche zwar nicht bestehen, daß aber nicht nur die Mieter, die wohnsäumten müssen, sondern auch die freiwillig ausziehenden Mieter Mietbeiträge erhalten. In besonderen Fällen wird auch eine Mietdifferenz bezahlt. Die Gehaltssteuer erhalten langfristige Kredite. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der überall prüfen soll, wo Charlottenburger Häuser gefährdet scheinen. Die anderen Fraktionen stimmten diesem Vorschlag zu.

## Das Kasseler Einsturzungsunglück.

Zwei Tote, zwei Verletzte.

Das Kasseler Einsturzungsunglück, über das wir im Abendblatt berichteten, hat außer zwei Tote und zwei Verletzte keine weiteren Opfer gefordert. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß das prothorische Dach des Neubaus infolge des gestrigen starken Regens Wasser durchließ, wodurch einer der Betonpfeiler zum Einstürzen gebracht wurde. Als ein Maurerpolier gestern normttag den Schaden des Daches besichtigen wollte, fand er beim Heruntersteigen, daß eine der sechs Betonstützen, die den ganzen Bau tragen, gesplittert war. Er rief den Arbeitern zu: „Sofort alles aus dem Bau heraus, das Haus stürzt ein!“ Kaum hatten die meisten Arbeiter den Bauplatz verlassen, als auch schon das ganze Gebäude zusammenbrach. Das Mauerwerk und das ganze Holzgerüst fielen auf die Straße hinab.

Bei dem Neubau handelt es sich um einen Erweiterungsbaubau von etwa 30 Meter Länge mit zwei Stockwerken. Die Wand zum Erweiterungsbau ist ebenfalls eingestürzt und es ist ein glücklicher Umstand, daß in dem älteren schon teilweise benutzten Verwaltungsgebäude zur Zeit des Unglücks sich keine Personen aufhielten.

Nach stundenlangen Aufräumungsarbeiten, die deshalb besonders schwierig waren, weil die Eisenstäbe des Betonbaues mit Schweißapparaten abgeschneidelt werden mußten, ist nach 4 Uhr nachmittags der vermißt 29jährige verheiratete Obermonteur Karl Kopp unter den Trümmern zerstückelt hervorgezogen worden. Die einstürzenden Ecken haben den Mann anscheinend auf der Straße erreicht, zu Boden geworfen und erschlagen. Inzwischen ist auch der schwerverletzte Monteur Valentin Heße seinen Verletzungen erlegen. Die Feuerwehr setzt die Aufräumungsarbeiten fort.

Kassel, 25. Januar.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todesanzeigen.

Den Mitgliedern zur Nachricht bei unserm Kollegen, der Schlichter

## Oskar Kugelmann

am 26. Januar gestorben ist.

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 27. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgärtelweg statt.

Am 21. Januar fand unser Kollege, der Kolleger

## Georg Brosch

Die Beisetzung findet am Sonntag, dem 28. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgärtelweg statt.

Cher Ihren Wahlen!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

## 96. A. O. L. Neukölln.

Am 23. Januar verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Genosse

## Agnes Brinkmann

Neukölln, Bogalstraße 4.

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 27. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgärtelweg statt.

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.











# Außenhandel und Wirtschaftspolitik

## Was lehrt die deutsche Handelsbilanz von 1927?

Der deutsche Außenhandel von 1927 schließt nach den amtlichen Ziffern mit einem Passivum (Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr) von 3,92 Milliarden ab, die Reparationszahlleistungen eingeschlossen mit 3,34 Milliarden. Berücksichtigt man die vom Statistischen Reichsamt für notwendig erachtete Berücksichtigung der amtlichen Ziffern — Verringerung der Einfuhrsumme um 3 Proz., Erhöhung der Ausfuhrsumme um 1 1/2 Proz. —, so verringert sich der Einfuhrüberschuß auf insgesamt 2,72 Milliarden.

### Die berufsmäßigen Wirtschaftspessimisten

nahmen zwar immer wieder den steigenden Einfuhrüberschuß zum Anlaß, um über die „Passivität der Gesamtwirtschaft“ und die ungesunden Grundlagen der „Konjunktur auf Borg“ zu klagen. Demgegenüber hat selbst der Reichswirtschaftsminister anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung festgestellt, daß der Einfuhrüberschuß nur „ein Symptom für die starke Inanspruchnahme von Auslandskapital“ darstellt, und daß es unsinnig ist, ihn „wie eine Art von Krankheit am Wirtschaftskörper zu behandeln“.

War so einerseits die hohe Mehreinfuhr durch den ausländischen Kapitalstrom und infolge der Ausweitung des deutschen Binnenmarktes durch erhöhte Rohstoffzufuhren wirtschaftlich bedingt, so wird andererseits dieser naturnotwendige Einfuhrüberschuß durch weitere Ausfuhrsteigerung verringert. Trotz der großen Absatzsteigerung im Inland stieg die Ausfuhr auch 1927.

### Die Ausfuhr betrug

1925	8 798 Millionen Mark
1926	9 783 „
1927	10 219 „
1927 (einschl. Reparationen)	10 797 „

Seit 1925 erhöhte sich demnach der deutsche Export um insgesamt 1 1/2 Milliarden Mark. Demgegenüber hat England im letzten Jahre noch nicht wieder den Exportstand von 1925 erreicht (14,3 gegen 15,6 Milliarden Mark).

Der Export Frankreichs lag 1927 gleichfalls erheblich unter den Vorjahresziffern, während der Gesamtexportwert der Vereinigten Staaten in den letzten drei Jahren sich wertmäßig kaum veränderte.

### Die Ausfuhrsteigerung ist international, also eine beachtliche Leistung.

Von den rund 1 1/2 Milliarden Mehrexport gegenüber 1925 entfällt rund eine Milliarde auf industrielle Fertigwaren, zirka 1/2 Milliarde auf die sogenannten Rohstoffe und Halbfabrikate, während der Agrarexport im Gesamtwert ziemlich unverändert blieb. Von dem deutschen Gesamtexport nahm die Fertigwarenausfuhr im vergangenen Jahre 71,5 Proz. ein, während im letzten Vorjahresjahr die Fertigwaren an der Gesamtausfuhr nur mit knapp zwei Dritteln beteiligt waren. Im Monatsdurchschnitt ist seit 1925 die Fertigwarenausfuhr von 532 auf 581 und 629 Millionen Mark gestiegen. (1927 mit Reparationslieferungen auf 643 Millionen Mark.)

In den letzten vier Monaten des abgelaufenen Jahres ist die Tendenz zur Steigerung der Fertigwarenausfuhr noch stärker als der Durchschnitt gewachsen: seit September 1927 lag die deutsche Fertigwarenausfuhr zwischen 700 und 735 Millionen Mark und damit 20 bis 25 Proz. über den Ausfuhrwerten der entsprechenden Monate des Vorjahres.

### Sorgen, weil die Einfuhr steigt?

Die erhebliche Zunahme der Gesamteinfuhr von 1927 ergibt folgende Verteilung:

	1926	1927
1. Lebende Tiere	125	177 Mill. M.
2. Lebensmittel und Getränke	3579	4350 „
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	4924	7149 „
4. Fertige Waren	1323	2467 „
Summa	9951	14143 Mill. M.

Von den rund 4,2 Milliarden Mehreinfuhren kommen demnach wertmäßig etwa 2,2 Milliarden — mehr als die Hälfte — auf die erhöhten Rohstoffzufuhren rund 800 Millionen, etwa ein Fünftel, auf den Agrarimport und rund 1,1 Milliarden auf Fertigwaren.

### Großagrarter und Herr Schiele

haben mit der „steigenden, meist entbehrlichen Rohmittelausfuhr“ für neue Zollwünsche, Subventionen oder Kreditansprüche der Großlandwirtschaft Eindruck zu machen versucht. Im einzelnen kommen im letzten Jahr aber mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Mehreinfuhr auf Brotgetreide und Futtermittel (rund 200 Millionen Mark mehr Brotgetreide, etwa 300 Millionen mehr Futtermittel), weitere 100 Millionen entfallen auf Mehreinfuhr von Eiern und Vorkreisprodukten, bezw. auf Fett, Fleisch und Fleischwaren, und 100 Millionen auf die angeblichen „Luxuseinfuhren“ von Südfrüchten, Obst und ausländischem Wein. Ueberwiegend auf die schlechte Ernte von 1926 ist also die agrarische Mehreinfuhr zurückzuführen, die große Getreidezufuhren einfach erforderlich machte.

Keine Reichslandbundtagung geht ohne Klagen über den hohen Agrarimport vorüber. Die deutsche Großlandwirtschaft hat aber zur höchstmöglichen Steigerung der Ruhezirkulation der Landwirtschaft, obwohl in keinem Wirtschaftszweig so viel Kapital festgelegt wurde, kein anderer so große Steuerprivilegien, so bedeutende Schutzzölle erhielt, fast nichts getan. Und die unter dem Druck der Reichsregierung erfolgte großagrarische Subventionspolitik hat die Landwirtschaft bisher nicht gefördert. Sorgen bereitet also nicht die agrarische Mehreinfuhr, sondern die bisherige Agrarpolitik.

### Am stärksten stieg die Rohstoffeinfuhr.

Bislang sind die eingeführten Rohstoffmengen 1927 über- schritten. Die wichtigsten industriellen Rohstoffbezüge haben sich ganz bedeutend erhöht. Für Baumwolle beträgt zum Beispiel der Mehrimport gegenüber dem Vorjahre zirka 56 Proz., für Kupfer 66 Proz., für Erze 81 Proz., für Gummi 79 Proz. Diese hohen Rohstoffeinfuhren spiegeln die große Konjunktur, die starke Ausweitung der vorjährigen Produktion in allen wichtigen Industriegebieten wider.

### Sorgen wegen der Mehreinfuhr von „Fertig“ waten?

Häufig weist die Industrie mit Besorgnis auf die „erhöhte Fertigwareneinfuhr“ hin. Von den rund 1100 Millionen Mark mehreingegeführter Fertigwaren entfällt jedoch der überwiegende Teil nicht auf Endprodukte, sondern auf Halbfabrikate, die in Deutschland erst weiter verarbeitet werden: 1927 kommen rund drei Fünftel auf Vorprodukte der Bekleidungsindustrie, vor allem Garne, ferner Rohgewebe und Leder. Die Mehreinfuhr an Walzwerksfabrikaten in Höhe von 100 Millionen Mark kommt auf Konto des Kontingentsabkommens der deutschen Schwerindustrie, zu einem gewissen Teil auch auf die deutschen Inlandspreise.

Ferner erhöhte sich dann die Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen um etwa 100 Millionen, an Industriechemikalien um etwa 50 Millionen, so daß auf die eigentlichen Verbrauchsgüter nur eine Einfuhrerhöhung von rund 250 Millionen Mark entfällt, die angesichts des großen inländischen Mehrverbrauchs recht gering ist. Die angeblich enorme Einfuhr von Fertigwaren erweist sich also beim näheren Hinschauen als Vergende, die nur einer weiteren Schutzpolitik Vorschub leisten soll.

### Der große Zug der Exportentwicklung

ist unverkennbar. Der Gesamtexport von Kohle, Koks und Nebenprodukten in Höhe von rund einer Milliarde Mark hält sich trotz des Rückgangs gegen 1926 (englisches Streitjahr) noch immer auf respektablem Höhe. Die Ausfuhr von Zement stieg von knapp 1 Million auf 1,18 Millionen Tonnen, das ist mehr als der Vorkriegsstand. Der Stahlexport zeigt eine weitere etwa zwanzigprozentige Steigerung, und auch die Kaliproduktion hat ihren Auslandsabsatz vergrößert.

Einen Exportverlust, allerdings einen durch die Stahlpatentabreden teilweise freiwilligen, zeigen die Großmaschinenindustrie, ferner die Papierindustrie, deren Auslandsabsatz gegenüber 1913 jedoch noch immer stark erhöht ist. Dagegen zeigen wieder der Maschinenexport mit zirka 130 Millionen Steigerung und die Elektroindustrie mit fast 50 Millionen Mehrausfuhr große Exportgewinne auf den Auslandsmärkten. Von den anderen Fertigindustrien zeigen besonders die Produktionen hochwertiger Konsumgüter erhebliche Exportfortschritte. So erhöhte sich der Seideneport wertmäßig um zirka 30 Proz., der Wolllwareneport um mehr als 10 Proz. Die Ausfuhr fertiger Konfektionswaren erhöhte sich von 105 auf 141 Millionen, der Pelzwareneport sogar von 153 auf 226 Millionen Mark.

### Die bisherige deutsche Handelspolitik

hat zahlreichen deutschen Exportindustrien noch nicht in ausreichender Weise die Abfahrbahn gebahnt, und sie hat vor allen Dingen geregelte Handelsbeziehungen zu den Disparaten, die insgesamt heute schon mehr als 15 Proz. des deutschen Fertigwareneports nach europäischen Ländern aufnehmen, zustande gebracht. Der deutsche Export zeigt trotz unzureichender Handelspolitik und trotz der zahlreichen Mängel der inneren Wirtschaftspolitik des Bürgerblods eine erfreuliche Zukunftsentwicklung. Gestagt es, die bisherigen Hemmnisse im Inland durch eine planmäßige, von Interessenträgern befreite Wirtschaftspolitik und im Ausland durch eine weitsichtige Handelspolitik zu überwinden, so wird der deutsche Export sich weiter steigern können. Die bisherige passive Handelsbilanz wird leichter auszugleichen sein als es heute noch scheint, und die in der Tat schwebende Frage der Reparationszahlungen und -übertragungen wird auch materiell leichter zu klären und zu regeln sein als bisher.

W-n.

## Bekommt Hannover Ruhrgas?

### Gaswirtschaftliches Chaos.

Die von der Öffentlichkeit leider sehr lange nicht erkannte große politische Bedeutung des Kampfes zwischen den privaten Ruhrgebiets- und der öffentlichen Hand um die Führung und zweckmäßige Organisation der Ferngasversorgung und Ferngasbelieferung wird durch einen neuen Fall wieder ins hellste Licht gestellt. Unter Führung des Oberbürgermeisters Reuge und der bürgerlichen Parteien in Hannover ist in vertraulicher Sitzung beschlossen worden — so lautet wenigstens die Meldung —, die Stadt Hannover an die vom Ruhrgebiet ausgehende Gasfernversorgung anzuschließen. Dabei soll die Gaslieferung des preussischen Bergwerks Obernkirchen (Breunhagen) hinzugezogen werden. Ebenso soll nach eine Verbindung mit der (teilweise vom Reich beherrschten) Niederschütte hergestellt werden. Das Gaswerk Hannover soll nach Durchführung des Unternehmens stillgelegt werden.

Wir nehmen zu dieser verworrenen und verwirrenden Meldung heute nur vorläufig Stellung. Irreführend ist der Hinweis auf eine direkte Belieferung mit Ruhrgas. Zunächst dürfte das Projekt nur die Belieferung von der östlich Hannover liegenden Niederschütte und eventuell von Obernkirchen betreffen. Eine Rohrverbindung mit der Ruhr ist damit noch nicht gegeben. Wohl aber dürfte die U.-G. für Kohleerwertung Vertragspartnerin auch für diesen Fall sein.

Ueberraschend wäre der Beschluß in anderer Hinsicht. Der Stadt Hannover sollen nämlich außer dem von vornherein aus Kampfgründen niedrig gehaltenem Angebot der Essener U.-G. für Kohleerwertung noch günstigere Angebote vorgelegt haben, die aber offenbar nicht berücksichtigt worden sind. Ueberaus auch das selbständige Vorgehen Hannovers, obwohl bekannt ist, daß der Provinzialverband sich größere Vorteile von einem gemeinsamen Vorgehen versprochen hat. Es wäre durchaus möglich, daß hier wohl ein Vertrag geschlossen wird, es zu einer praktischen Belieferung aber gar nicht kommt, weil entgegenstehende Interessen der höheren kommunalen Selbstverwaltung die Freigabe der Wege sehr in Frage stellen können. Jedenfalls wird in der Provinz Sachsen beispielsweise dafür Sorge getragen, daß Selbstverwaltungen, Städte- und Staatsinteressen in besserer Uebereinstimmung gehalten werden. In höchstem Maße verwunderlich wäre es auch, daß Preußen und das Reich, zusammen mit der U.-G. für Kohleerwertung-Essen vorgehen würden, ohne auf die Interessen der Provinz Hannover Rück-

sicht zu nehmen. Hier droht sich ein kraftwirtschaftliches Chaos vorzubereiten, das nach dem Eingriff des Gesetzgebers geradezu ruft.

Gerade für die Provinz Hannover ist die Lage für eine praktische Lösung der Ferngasfrage in hohem Maße ungeklärt. Das nordwestliche und nördliche Gebiet hätte die besten Möglichkeiten, die auch erst geprüft werden, müßiger Importkohle eine großzügige Gruppenversorgung großer Stadt- und Landgebiete durchzuführen. Die Frage der wirtschaftlichsten Versorgung der Stadt Hannover ist noch vollständig offen, so daß es sich bitter rächen könnte, wenn es aus unsachlichen, unter Umständen sogar politischen Gründen zu überhasteten Beschlüssen käme. Die Urteile der technischen Sachverständigen, das Interesse der Verbraucher und des Staates sind heute noch klar gegen jede Förderung eines industriellen Gasmonopols gerichtet, der ein so vorläufiger Beschluß wie der Hannovers nur Vorschub leisten würde — wenn die Meldungen darüber richtig sind.

Eine Essener Meldung, die offenbar von der U.-G. für Kohleerwertung inspiriert ist, stellt die hannoversche Gaslieferung schon als endgültig dar und gibt Einzelheiten, die mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Es handelt sich dabei um eine deutsch-erkenntliche Zweckmeldung, die dem vorläufigen, von den Plenarversammlungen Hannovers offenbar noch gar nicht gebilligten Vertrag, auch mit Rücksicht auf andere Pläne der Ruhr eine besondere Werbestraft verleihen soll.

## Gefrierfleischwucher wird „erörtert“!

### Unter Schieles Vorh.

Der unerhörte Wucher, den das Gutachten des Enquete-Ausschusses im Handel mit Gefrierfleisch aufgedeckt hat, und der unsere Vertreter im Reichstag zu den schärfsten Protesten veranlaßt hat, scheint im großen und ganzen in der Bildung einer neuen Kommission begraben werden zu sollen. Kein Wunder, die Dinge werden noch unter dem Vorh. des Reichsministers für die „Ernährung der Landwirtschaft“ Schiele verhandelt, den die volle Verantwortung für das „System“ trifft, das er unter Kritik im Reichstage gegenüber als verantwortlich erklärt hat. Der im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft tagende Beirat hielt es für räumlich, im großen und ganzen an dem bisherigen Verteilungssystem festzuhalten. Den Vorschlägen des Enqueteausschusses soll dadurch Rechnung getragen werden, daß der Deutsche Städtetag die Kontrolle der Preisgestaltung im Groß- und Kleinhandel bei den Gemeinden ausbaut. Nur die Einziehung bzw. Neuverteilung „nicht wirtschaftlich“ erscheinender Kontingente soll geprüft werden, wozu eine Kommission eingesetzt worden ist, die sich sofort auch mit Neuverteilung der 16 bisher dem Großhandel schon entzogenen Kontingente beschäftigt.

Es sieht in der Tat so aus, als ob auch dem Gefrierfleischwucher nur von einem neuen Reichstag ein Ende gesetzt werden kann. Hoffentlich kommt der bald, recht bald!

## Bleiben die hohen Eisenpreise?

### Der untätige Reichswirtschaftsminister.

Die eisenerarbeitende Industrie hat es beklammert für richtig gehalten, auf die wirtschaftsgefährdende Erhöhung der Eisenpreise durch die Schwerindustrie nur mit einem unsachlich begründeten und jede konkrete Forderung vermeidenden Protest zu antworten. Ihre Vertreter waren kürzlich in Düsseldorf mit den Eisenverbänden zusammen, um die Exportvergütungen der von ihr verarbeiteten, für die Ausfuhr bestimmten Eisensorten festzusetzen. Auch hierbei scheinen wieder der Schwerindustrie weitgehende Zugeständnisse gemacht worden zu sein. Die an den Erhöhungen der Eisenpreise nächstbeteiligten Eisenerarbeiter schienen sich also um keinen Preis in einen öffentlich erkennbaren Gegensatz zur Schwerindustrie begeben zu wollen.

Demgegenüber will es auch nichts bedeuten, daß nach in Düsseldorf getroffenen Vereinbarungen ein partiell besetzter Prüfungsausschuß bestellt worden ist, der die Produktions- und Preisbedingungen der Eisenindustrie, besonders für Stabellen, untersuchen soll. Mitte Februar erst soll das Ergebnis der Untersuchungen vorliegen, und es wird daran die vage Hoffnung geknüpft, daß wenigstens der süddeutsche Zuschlag von 2 Mark pro Tonne nach unten revidiert wird.

Erstauflücht ist angeht dieser Vorgänge die Passivität des Reichswirtschaftsministeriums. Die Öffentlichkeit durfte mit aller Bestimmtheit erwarten, und es sah in der Tat auch so aus, als ob das Reichswirtschaftsministerium wenigstens das Kartellgericht gegen die Erhöhung der Eisenpreise in Bewegung setzen würde. Noch immer aber hat man darüber noch nichts gehört. Die sozialpolitischen Rücksichten, die die Eisenerarbeiter schenkenbar zu ihrer lauen Stellungnahme veranlassen, dürften für das Reichswirtschaftsministerium kein Grund sein, in der Erfüllung seiner wirtschaftspolitischen Pflichten zurückzuhalten. Ebenso darf auch nicht etwa das Ergebnis der privaten Untersuchungen abgewartet werden, denn die staatspolitische Verantwortlichkeit des Reichswirtschaftsministers ist völlig unabhängig von privatwirtschaftlichen Vereinbarungen der beteiligten Industrien.

Sollte das Reichswirtschaftsministerium auch fürchten, vor der Öffentlichkeit mit den Eisenherren in Gegensatz zu treten? Moralische Ohrfeigen für die Reichsregierung wären dann in Deutschland wirklich schon sehr billig geworden!

## 12 1/2 Millionen Reingewinn der AEG.

### Dividendenerhöhung auf 8 Prozent.

Der Aufsichtsrat der AEG. wird der am 25. Februar stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 8 Prozent vorschlagen, nachdem im Jahre 1926 noch 7 Prozent verteilt worden sind. Der Reingewinn wird mit 12,35 gegen 10,76 Millionen im Vorjahre ausgewiesen, was einer Steigerung von mehr als 12 Prozent entspricht. Das Jahr 1927 wurde mit einem Auftragsbestand geschlossen, der um 70 Prozent höher ist als Ende 1926. Die Umsätze sind erheblich gestiegen.

Die Braunschweigische Kohlenbergwerke U.-G., an der die reichs-eigenen Elektrowerke und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE.) beteiligt sind, können für das Jahr 1927, wie im Vorjahre, eine Dividende von 10 Proz. ausschütten. Die Kohlenförderung hat sich von 3,441 Millionen Tonnen auf 3,537 Millionen Tonnen gehoben. Der Betriebsüberschuß wird mit 5,051 Millionen Mark angegeben. Nach Abzug von Steuern und Handlungskosten um. verbleibt ein Reingewinn von 1,577 Millionen Mark.



# Vertrauenskrise der Justiz besteht.

## Deutschnationales Geständnis im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die Erörterung beim Etat des Justizministeriums fort. Reichsjustizminister Hergt erwidert auf den im Ausschuss erarbeiteten Entwurf des Abg. Rosenfeld, daß in seinem Ressort eine gewisse Stagnation eingetreten sei, daß er es mit dem Abg. Haas halte, der vor Ueberproduktion an Gesetzen gewarnt habe. Der überspannte Gesetzesapparat führe leicht zu einer falschen Betriebsamkeit. Auf dem Gebiet des Inordnungbringens der Gesetzesmaterien leiste das Justizministerium vorbildliche Arbeit. Es sei das Strafreformgesetz eingebracht worden, das Strafvollziehungs- und noch eine Reihe anderer Vorlagen, so daß der Rechtsausschuß schon fast überlastet sei. Eine Anzahl von Materien, die Abg. Rosenfeld genannt habe, sollen gefördert werden, so das Recht der unehelichen Kinder.

Für die Vereinfachung und Vereinfachung des Justizapparats seien bereits Maßnahmen getroffen worden, es bestrebe auch vollständige Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern über diese Frage.

Beim Strafvollzug sei schon eine gemeinsame Linie gefunden worden. Die Ausbildung der Juristen sei heute noch ganz verschiedenartig; zu ihrer einheitlichen Regelung würden die Länder unter sich eine Verständigung herbeiführen, ebenso über die Frage der Freizügigkeit der Anwälte. Das Reichsjustizministerium werde sich bemühen, zur Verständigung auf diesen Gebieten beizutragen. Der Krieg habe wenigstens das eine Gute mit sich gebracht, daß er das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Deutschland und Oesterreich hat stark werden lassen. Ein Erfolg sei es, daß über den allgemeinen Teil der Strafrechtsreform bereits eine Verständigung zwischen den beiden Brüdern erzielt worden sei. Die Rechtsangleichung der zwei Länder dürfe sich nicht auf das Strafrecht beschränken, sie müsse sich auf das Strafrecht erstrecken. Die systematische Reform der Gesamtjustiz müsse allerdings noch kommen. Sie könne erst entstehen, wenn die Einzelgesetze unter Dach und Fach gebracht seien. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß so wenig wie möglich Politik in die Beratungen hierüber hineingetragen werde. Es sei zu bestreiten, daß das deutsche Volk kein Vertrauen mehr zu den deutschen Richtern habe, man könne lediglich davon reden, daß einzelne Urteile zur Kritik herausfordern. Der Minister sagt, daß er es rundweg ablehne, über eine Vertrauenskrise der Justiz sprechen zu lassen, denn dadurch werde nur Beunruhigung in den Richterstand hineingetragen. Dagegen sei die Politik von unten, die Einwirkung der Öffentlichkeit auf die richterliche Handlung so stark gewachsen, daß man es geradezu als großen Unfug bezeichnen müsse. Man suche geradezu nach politischen Motiven bei den Richtern, um sie damit einzuschüchtern. Das Justizministerium habe nur eine Anweisung auf politischem Gebiet herausgegeben, nämlich zur Bekämpfung von Prozessen. Die Zahl der Hoch- und Landesverratsprozesse sei nach der amtlichen Statistik in überraschender Weise gesunken, die gegenwärtige Behauptung in der Presse sei nicht richtig.

Es folgen die Ausführungen des Genossen Landsberg, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Der Justizminister hielt es für notwendig, sofort zu antworten.

### Reichsjustizminister Hergt:

Es ist freilich unmöglich, daß der Reichsjustizminister sich hier über einzelne Gerichtsurteile äußert. (Sehr richtig! rechts; lärmende Juriste links.) Ich will aber unheimlich meine Bewunderung darüber aussprechen, daß der Abg. Landsberg hier noch einmal den Fall Leitin besprochen hat, nachdem ich ihn bereits im Ausschuss klagend habe. Gerade als ehemaliger Reichsjustizminister müßte Herr Landsberg wissen, daß es bei den Hunderttausenden von Fällen ausgeschlossen ist, daß jeder Richter in jedem Falle das einzig richtige Urteil fällt. Ueber den hannoverschen Fall hätte sich der Abg. Landsberg auch etwas genauer informieren sollen. Ich habe hier zufällig ein Aktenstück, in dem dieser Fall enthalten ist. Danach sind am 11. August in Hannover blutige Unruhen ausgebrochen, worauf der Polizeipräsident auf Anordnung des Oberpräsidenten Roske die Beschlagnahme der betreffenden Druckerei angeordnet hat. (Hört, hört! rechts.) Der Minister geht dann auf den Fall Claf ein. Es seien damals Mißgriffe vorgekommen bei recht ehrenwerten Männern. (Hört, hört!) Der preussische Minister des Innern habe ja diese Mißgriffe selbst zugestanden. Bei allen Gesichtspunkten, die gegen Herrn Claf vorgebracht wurden, sei in dem Verfahren nichts übriggeblieben. Es blieb lediglich übrig, daß Claf die Aufklärungsmöglichkeit des Reichstags mehrfach in Aussicht genommen und den Artikel 48 der Reichsverfassung in diesem Sinne angewendet wissen wollte. Durch seine Ausführungen, mit denen Abg. Landsberg auch Herrn Hugenberg etwas am Zeuge habe machen wollen, habe er nur eine gewisse Reklame für Herrn Hugenberg gemacht. Der Abg. Landsberg könne doch nicht erwarten, daß das, was er bei einem Urteil für richtig halte, die ganze Welt sich zu eigen machen solle. (Abg. Landsberg: Sind Sie der gleichen Ansicht wie der Oberreichsanwalt?) Ich sehe doch gar nicht ein, weshalb ich mich auf Veranlassung des Abg. Landsberg hier auf Fragen stellen soll. (Lärm links und rechts: Unmöglich! Justizminister! — Jurist rechts: Ausgerechnet Dittmann!) Ich würde der Stellung eines Justizministers etwas vergeben, wenn ich mich auf solche Juriste einlasse. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe ein Interesse daran, nochmals festzustellen, daß alle die Behauptungen, ich hätte einen Einfluß auf die Stellungnahme der Oberreichsanwaltschaft genommen, erlunken und erlogen sind. (Beifall rechts.)

Abg. Lohmann (Dsat.) begrüßt die Rechtsangleichung mit Oesterreich.

Eine gewisse Vertrauenskrise in der Justiz läßt sich nicht leugnen.

Als ihre Ursachen werden angeführt Volkstrenntheit des Rechts, Rechtstrenntheit des Volkes, Weisfremdheit der Richter. Dazu kommen die Formirte der Klassenjustiz und politische Justiz. Viele Richter haben sich mit der Staatsumwälzung und der neuen Staatsform innerlich noch nicht abgefunden. Die Reichsverfassung gewährt dem Richter wie jedem Beamten die Freiheit der politischen Meinung. Selbstverständlich wird der Richter sich bei seiner amtlichen Tätigkeit durch seine politische Gesinnung nicht beeinflussen lassen. Der Vorwurf, daß ein großer Teil der deutschen Richter verfassungsfreudig sei, ist durchaus falsch. Die deutschen Richter haben den guten Willen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Das wird ihnen erschwert durch die schon vom Minister gelübte Einschränkung der öffentlichen Meinung und der parteipolitischen Agitation auf die Justiz. Vielfach kann man geradezu von einem Eingriff der Strafe sprechen. Wir verurteilen andererseits die Art und Weise, wie Senatspräsident Baumhach in der „Deutschen Juristenzeitung“ von der deutschen Justiz gesprochen hat. Wenn Reichsgerichtspräsident Dr. Simons sagte, es bestehe eine Vertrauenskrise der deutschen Justiz gegen den heutigen Staat, so kann davon nicht mehr die Rede sein, seitdem jetzt an der Spitze der deutschen Justizverwaltung ein Mann steht, zu dem alle Richter Vertrauen haben. Der Kampf gegen das Reichsgericht entspricht parteipolitische Agitation und zum großen Teil parteipolitische Hege. Im Falle Claf hat die preussische Polizei bei den angelegentlichsten Leuten Hausdurchsuchungen vorgenommen, mit dem Ergebnis, daß auch nicht der kleinste Beweis für die gegen Claf erhobenen Beschuldigungen gefunden wurden. Wir hoffen, daß nicht nur die jetzige, sondern jede künftige Regierung sich an die Er-

klärung des Reichstags hält, daß das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit gewahrt bleiben muß. (Beifall rechts.)

Die Weiterberatung des Etats wird um 18 1/2 Uhr auf Donnerstag, 14 Uhr, vertagt, nachdem noch ohne Debatte das zweite Gesetz über wertbeständige Hypotheken in allen drei Lesungen angenommen worden ist.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin S W 6, Lindenstraße 1.

2. Kreis Lietzensee. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Film „Die Ausgehenden“ (Welt-Kino) nicht vom 17. Januar bis 1. Februar, sondern umfänglich von 2. bis 6. Februar im Welt-Kino zur Aufführung gelangt.
13. Kreis Kemptel. Heute, Donnerstag, 24. Januar, 19 Uhr, in der Schulaula Marienber, Kurfürststraße, Vereinsversammlung. Tagesordnung: Mitgliedsbuch legitimiert.
16. Kreis Köpenick. Kreis Schulgemeinde: Freitag, 27. Januar, 19 1/2 Uhr, bei Gelpeloh, Schönerlander Str. 5, Generaterversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahlen.
17. Kreis Fichtenberg. Bildungsausschuß: Sonnabend, 28. Januar, 19 Uhr, bei Richter, Forstlager Str. 63, Sitzung. Wichtige Tagesordnung. Jahresbericht und Neuwahlen. Als Mitglieder wählen erwählen.
20. Kreis Köpenick. Kreis Schulgemeinde: Freitag, 27. Januar, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Forststr. 11. Mitt. Es wird gegeben, eine recht rege Propaganda für diese Veranstaltung zu entfalten.

### Morgen, Freitag, 27. Januar:

23. Kreis 19 Uhr bei Westalla, Hohenloherstr. 2, Zusammenkunft aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen über die neuen Richtlinien. Neuwahl des Abteilungsleiters.
24. Kreis Charlottenburg. 20 Uhr im Wilhelmshof, Egerstr. 8, Sonderveranstaltung der jungen Genossen. Referent Gewerkschafter Emil Reichlein. Gäste sind herzlich eingeladen.
25. Kreis Riesenbühlchen. Gruppe der jungen Genossen: 20 Uhr im Lokal Gerch, Himmelsberg, an der Fiedlerstraße, Zusammenkunft. Vortrag: „Unter dem Sozialistengesetz.“ Referent Hanns Ramm. Sämtliche Genossen sowie Gäste sind herzlich eingeladen.

26. Kreis Köpenick. Am Sonnabend, 28. Januar, großes Winterfest im Restaurant „Vergnügungshaus“. Mitwirkende: Max Krause, Otto de Kade, Hilger, Beckner, W. E. u. a. Die Genossen anderer Abteilungen sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Wilmshof. Sonnabend, 28. Januar, 21 Uhr, bei Fischer, Monatsversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

## Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt:

4. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Donnerstag, 26. Januar, 19 1/2 Uhr, im Altersheim Pansiger Str. 62 Fortsetzung des Schulungskurses. Thema: „Recht des unehelichen Kindes und Vormundschaftswesen.“ Referent: Genossin W. Geiger. Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind eingeladen.
7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 27. Januar, pünktlich 18 1/2 Uhr, Abendsprechung an bekannter Stelle. Anschließend 20 Uhr im Zimmer 201 Sitzung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen. Tagesordnung: 1. Neuwahlen. 2. Berichtlesen.
11. Kreis Köpenick. Heute, Donnerstag, 26. Januar, 20 Uhr pünktlich im Zimmer 144 des Rathauses Rudolf-Wilhelms-Platz Fortsetzung und Ausprobieren über: „Schulungsausschuß und Fürsorgeerziehung.“ Referent: Genossin Dr. Hellinger. Um rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird gebeten.
12. Kreis Kemptel. Der Anwesenheit muß wegen der inzwischen auf heute anberaumten Kreisversammlung verschoben werden.
17. Kreis Fichtenberg. Freitag, 27. Januar, 19 1/2 Uhr, im Rathaus Fichtenberg Schulungskursus. Referent Genossin Bläse. Thema: „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.“ (Fortsetzung). Um rege Beteiligung wird gebeten.
19. Kreis Köpenick. Freitag, 27. Januar, 19 1/2 Uhr, im Lokal Wener (Härtlings Str.). Kreis Schulungsausschuß. Vortrag und Ausprobieren über das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz. Referent Stadtratsmitglied Genossin Kemptel. Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind eingeladen.

### Jungsozialisten:

Gruppe Schöneberg II: Heute, Donnerstag, 26. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Hauptstraße 13 (Rieserhofzimmer) Mitgliederversammlung. Besprechung unserer zukünftigen Arbeit. Eröffnen in Pflicht. — Gruppe Prenzlauer Berg: Heute, Donnerstag, 26. Januar, 20 Uhr, im Jugendheim Pansiger Str. 62 Gruppenabend.

### Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Wedding. Die für Freitag, 27. Januar, angelegte Bellerichtung muß auf Sonntag, 29. Januar, verschoben werden und findet um 20 Uhr in der Schule Furubuffer Str. 3 statt.

Kreis Köpenick. Der Schulungskursus des Ostkreises beginnt am Sonnabend, 28. Januar, um 20 Uhr in der Turnhalle der Heller-Beitman-Schule, Heddiner Str. 34, Köpenick. 20. Januar, um 20 Uhr, Fortsetzung in der Turnhalle Heddinerstraße; daselbst um 19 Uhr Besprechung unter den Leitenden zur Generaterversammlung. Gruppe Wier Die Polen sollen unsere Gruppe treffen sich am Donnerstag, 26. Januar, um 17 1/2 Uhr, im Heim Steinmühlstraße 114.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“  
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schönhaferstr. 37/38, Post 3 Nr.  
Kreuzberg-Bezirk: 1. Kameradschaft 1, Jug. G. u. B. Winter- und Sommerausflüge. Kameradschaft 2, Kameradschaft 3, Kameradschaft 4, Kameradschaft 5, Kameradschaft 6, Kameradschaft 7, Kameradschaft 8, Kameradschaft 9, Kameradschaft 10, Kameradschaft 11, Kameradschaft 12, Kameradschaft 13, Kameradschaft 14, Kameradschaft 15, Kameradschaft 16, Kameradschaft 17, Kameradschaft 18, Kameradschaft 19, Kameradschaft 20, Kameradschaft 21, Kameradschaft 22, Kameradschaft 23, Kameradschaft 24, Kameradschaft 25, Kameradschaft 26, Kameradschaft 27, Kameradschaft 28, Kameradschaft 29, Kameradschaft 30, Kameradschaft 31, Kameradschaft 32, Kameradschaft 33, Kameradschaft 34, Kameradschaft 35, Kameradschaft 36, Kameradschaft 37, Kameradschaft 38, Kameradschaft 39, Kameradschaft 40, Kameradschaft 41, Kameradschaft 42, Kameradschaft 43, Kameradschaft 44, Kameradschaft 45, Kameradschaft 46, Kameradschaft 47, Kameradschaft 48, Kameradschaft 49, Kameradschaft 50, Kameradschaft 51, Kameradschaft 52, Kameradschaft 53, Kameradschaft 54, Kameradschaft 55, Kameradschaft 56, Kameradschaft 57, Kameradschaft 58, Kameradschaft 59, Kameradschaft 60, Kameradschaft 61, Kameradschaft 62, Kameradschaft 63, Kameradschaft 64, Kameradschaft 65, Kameradschaft 66, Kameradschaft 67, Kameradschaft 68, Kameradschaft 69, Kameradschaft 70, Kameradschaft 71, Kameradschaft 72, Kameradschaft 73, Kameradschaft 74, Kameradschaft 75, Kameradschaft 76, Kameradschaft 77, Kameradschaft 78, Kameradschaft 79, Kameradschaft 80, Kameradschaft 81, Kameradschaft 82, Kameradschaft 83, Kameradschaft 84, Kameradschaft 85, Kameradschaft 86, Kameradschaft 87, Kameradschaft 88, Kameradschaft 89, Kameradschaft 90, Kameradschaft 91, Kameradschaft 92, Kameradschaft 93, Kameradschaft 94, Kameradschaft 95, Kameradschaft 96, Kameradschaft 97, Kameradschaft 98, Kameradschaft 99, Kameradschaft 100.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.). Nach stürmischer Nacht am Tage wieder mild bei streifen wehenden Winden meist stark wollos mit einzelnen Niederlagen. — Für Deutschland: Im Süddeutschland meist trocken, stellenweise heiter, im übrigen Reich veränderliches Wetter, mit öfters fortwährenden Niederlagen, am Tage überall mild.

**Was sagt der Bär?**

**Die Rohrpost**  
ist ein schneller sicherer Weg für Ihre Nachricht. — Wollen Sie Zeit sparen, schnell und sicher zum genauen Ziel kommen, dann rauchen Sie:

**Josetti Juno**  
Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette



## Schneesturm-Abenteuer.

Von Franz Friedrich Oberhauser.

Christian war den ganzen Tag über Schneefelder gewandert und fand, von überfletterten Höhen herabkommend, rechtzeitig vor der frühen Nacht eine Umhütte, aus rohen Blöcken gezimmert, darin die Holzleute während ihrer Arbeitsmonate zu hausen pflegten. Er zündete sich ein Feuer in der Hütte an, trug noch etwas Holz zusammen, stellte den Teesodner auf und sah dann ein Weibchen vor der Hütte, die stille Nacht und die Sternenschwärme genießend.

Diese Nacht war von einer feinen, scharfen Klarheit, kristallhell, blau und wie unsichtbares, leichtfliegendes Glas. Die Sterne waren zahllos, tief und von einem heimlichen, rostigen Feuer bewegt, Brunnbögen über den glänzenden Schneefeldern, Flüssen, Zinken und blauen Abgründen spannend.

Wohlschlich aber pfliff ein jäher Wind von der jenseitigen Paghöhe herab, Schatten stogen unter den Sternen hin, Floden tanzten wirbelnd, der Wind wurde stärker, der Schnee dichter, und schon hämmerte der Sturm laut und unändig an hohen dunklen Bäumen, Schneewänden und Eishängen.

Christian hatte Mühe, die Tür in das hölzerne Schloß zu bringen, den Riegel vorzuschleiben und die Fensterbalken einzuhängen. Der Sturm schlug den Rauch des Feuers in die Hütte zurück, und die volltönende Orgelpfeife wurde immer toller. Christian kannte die jähren Schneestürme in diesem Gebiet. Er wußte auch, daß ihm wilde Sturmwinde das Dach über dem Kopfe davontreiben konnten. Er wußte auch, daß er jetzt aller Wahrheitslieblichkeit nach einige Tage in dieser verlorenen Holzfüßerhütte eingeschneit sein konnte. Und obwohl er sich's nicht eingestand, er fühlte doch deutlich eine Beforgnis, die ihm langsam in die Kehle stieg. Sein Mut, seine Lebenslust und sein tiefer Drang nach Leben wurden wach und verführten gegen die dunkle Drohung der Einsamkeit und des Alleinseins anzukämpfen.

Trotzdem ihm der Sturm alle Aufmerksamkeit nahm, kamen ihm doch merkwürdig rasch und geschickt, einzeln und flink andere Gedanken in den Sinn. Das Leben seiner letzten Monate und Jahre warf ihm Einzelheiten vor die Augen; die Erinnerung brachte nicht alles Schöne, gerade die anderen Sachen liefen ihn an. Heiliger Himmel, mußte er denn jetzt an die kleinen Fehler seiner Lebensweise denken, an die Versäumnisse seines Herzens, an die Unfreundlichkeiten seiner Gefühle... wie... ah, er hatte seinem Freunde Paul einer kleinen Vergeltungslust wegen keine Antwort geschrieben, auf einen Brief, der ihn bestimmt demütigte, da er ihn um Hilfe anflehte... und seine Zimmerfrau Babette, diese gute alte sorgsame Frau, deren stets anhaltende Güte und Freundlichkeit er durch nichts anerkannt, hatte er ihr denn nie einen ganz kleinen Beweis seiner Dankbarkeit gegeben? Babette... die ihn wie einen eigenen Sohn behandelte...

Höhnend kopfte der Sturm an die Balken. Als würde statt Schnee ein Wirbel all dieser kleinen Dinge über ihn herfallen. Er sah in das Dunkel der Stube hinein, das nur schwach durch die gedämpfte Glut des Feuers erhellt wurde. Christian fühlte jetzt seine Einsamkeit doppelt. Wenn nur irgend jemand bei ihm gewesen wäre. Eigentümlich dachte er sich, wie schwer das Gewissen anlagte zu seiner Zeit, wie unabweigerlich die tausend kleinen Fehler des menschlichen Wesens ihre Stimme erhoben... Christian horchte in den Ärm des Schneesturms hinaus... und da geschah es, als die Stürme auf ein Weibchen in die Täler stießen und verflangen, daß es an der Tür des Blockhauses einen kurzen dumpfen Schlag tat und darauf ein leises Wimmern hörbar wurde. Ein müdes Kragen.

Christian horchte auf, aber er vernahm nichts mehr. Einen Augenblick lang stand er bewegungslos mitten in der Hütte, aufgeschreckt aus seiner Nachdenklichkeit. Dann trat er einknickend auf die Tür zu, öffnete sie, Schnee trieb ihm ins Gesicht, er sah plötzlich den Körper eines jungen Rehens zu seinen Füßen. Er hob es auf, trug es in die Hütte, legte es neben dem glühenden Holz auf die Feuerstätte. Kaum hatte er die Tür in den Riegel gezwängt, begann der Sturm wieder um die Hütte zu toben. Christian zündete eine Kerze an und beugte sich auf das junge Tier.

Selbst bewegt sah er einige Augenblicke lang in die großen, onglimm geöffnerten Augen des Rehens. Er fragte nicht danach, wie es hierher gekommen; er freute sich darüber wie über das gnadenvolle Geschenk eines Himmels. Bangsam legte er die Hände auf den jungen kalten Leib, er streichelte das bebende Körperchen, löste die zergehenden Schneetropfen, fühlte den stürmischen, von Angst verfolgten Schlag des Herzens. Er verzog alles: Sturm, Schnee und Eingeischnitwerden. Seine ganze Aufmerksamkeit gehörte dem Leben des jungen Rehens. Er nahm den Weiterrast, bedeckte damit das Rehlein, das er auf weiches Stroh gelegt, sorgfältig zu, er blies das Feuer an, wärmte Wasser, öffnete eine Büchse mit Milch und begann dann, leicht, zaghaft, mit sorgsamten Händen den kleinen Körper zu massieren. Manchmal bebten die jarten Füßchen, manchmal drang ein laum hörbares Weinen aus dem wenig geöffneten Munde. Er untersuchte die Füße, griff den langsam wieder warm werdenden Körper ab, fühlte nach dem Atem, und als die Milch warm war, versuchte er sie dem Reh einzulassen. Nach langer Mühe gelang es ihm. Das feine, zeitweilige Weinen hörte er nicht mehr. Den kleinen Körper riß es aber manchmal so sehr, daß Christian fürchtete, das Reh müsse irgendwie vererzt sein.

Langsam schlief das Reh ein. Christian sah bei ihm, von seltsamen fremden Gefühlen bewegt. Dunkel empfand er die Gnade, daß da Leben neben ihm war: warmes, wiederwachendes Leben, das er behüten mußte. Er sah in den dunklen tosenden Stürmen die Rehmutter irren, durch die Wälder getrieben in Angst und Not um das Junges. Er aber dankte dem Zufall, der ihm hier in der Einsamkeit der Berge, umhüllt von Schneestürmen, nicht allein gelassen. Und die Stürme tobten ohne Unterlaß; er hörte es nur ferne, der Schnee lief an und stieg an der Hütte hoch; eine weiche, müde Wärme wurde immer stärker. Aber immer wieder sah er nach dem Reh, das nun schlief. Er hielt seine Hände an den warmen Körper, er fuhr streichelnd über das Fell.

Da sah er nun stundenlang in der tiefen Nacht und träumte. Weine in den Schneestürmen der Berge verstreut, allein mit einem Tier, das er um alles in der Welt nicht verlieren möchte. Und ganz yert, wie eine erwachende Blüte, war in ihm das Glück, die Sorge um etwas anderem als das große Selbst, das Weib und eine Zufriedenheit.

Es wurde Morgen. Das Reh erwachte, stieß einen heißen Laut aus, der Christian mit jubelnder Freude erfüllte. Und Christian wärmte die Milch, mit vieler Sorgfalt tränkte er das Tier. Ungeachtet trieb der Sturm um die Hütte, Schnee fiel und nichts deutete auf eine Besserung.

Der Prooiant reichte, wenn er sparsam war, auf fünf Tage, und so lang würde wohl der Sturm nicht anhalten. Leicht erträglich war es ihm. Er sah bei dem jungen Rehlein, sprach zu ihm, sah ihn in die großen, ruhig gewordenen Augen. Manchmal löste es einen leichten, dünnen Pfiff, oder es stand auf und lief umher.

Am zweiten Tage sprang es schon munter in der Hütte herum, schmiegte sich an die Knie Christians, und wenn er ihm das Köpflein hob, sah er in die großen, dunklen, ruhig gewordenen Augen, und er hörte den sorglosen Pfiff der Jugend.

Selbst! Da mußte Christian plötzlich an den Glanz der menschlichen Augen denken; und von den Augen kam er auf das Mädchen Inge. Und er dachte daran, wie sehr er das Mädchen übersehen, ja nachlässig behandelt hatte, wie oft er an dem Hause ihrer Eltern vorübergegangen war, ohne auch nur auf einen Augenblick lang einen „Guten Tag“ zu wünschen. Und wie ein Zauber, der sich plötzlich als Geschenk enthüllte, kam Christian die Liebe des kleinen innigen Mädchens zum Bewußtsein, und sein Herz schlug jetzt ebenso sehr, wie ehegefiert noch das des jungen Rehens. Er begriff seine Ungeklärtheit. Er sah ein, daß er durch sein Verhalten eine treue, aufrichtige und ehrliche Mädchenseele mit Wehmüt und Trauer erfüllte. Und er wußte, daß er da im Begriffe war, etwas zu verlieren, das ihm das Schicksal wohl niemals mehr auf seinem Lebensweg stellen würde...

Denn das Schönste in der jungen Liebe ist Neze, stille, entzogene Anhänglichkeit, Treue und Vertrauen...

In der zweiten Nacht wurde der Sturm verhalten, stiller, zog weit aus in die Ferne, verließ sich großend, klang noch einige Male aus dunklen Schluchten heraus und brach dann ab, rasch, wie er gekommen.

Die Hütte war verjähert, hochüber. Christian arbeitete einen vollen Tag, ehe er einen Weg geschauvelt hatte. Als er endlich in das Freie kam, brach ein rotangelegter Abend über die Welt, entflammte Zinken und Kogeln, schoß über die Wände und hing an zartem Gewölbe.

Das Rehlein hüpfte und sprang neben ihm umher, schmiegte sich immer wieder an seine Füße und lief in die Hütte zurück. Und er stand da und hatte den Blick in die Weite gerichtet und seine Sehnsucht wuchs stark und kraftvoll auf.

Am nächsten Tage trat er die Wanderung talwärts an. Das Reh war bei ihm, eine weite, gute Strecke lang. Der Himmel sprang gläsern über die funkeinde Welt, die Wälder hüllten sich in Schneepelz und die verschneiten Bäume machten drohliche Gesichter, Sonne funkelte auf den übernen Flächen und Flüssen.

Tief im Walde blieb das junge Reh plötzlich stehen. Es spürte in die Luft, pfliff leise und sah dem talwärts schreitenden Freunde nach, der es in der Hütte gepfligt.

Christian wendete sich einige Male um, er winkte zurück. Das Rehlein stand, solange es den Wanderer sehen konnte, bis ihn eine Schneeflecke aufnahm, Lichtungen sich in der Sonne weiteten und die Täler goldgefüllt immer näher blinzelten.

Nachdem in der Erinnerung schritt er weiter durch den Sonnentag.

## Berbung und Eugenik.

Der deutsche Bund für Volksaufklärung und Erbtunde hat es sich zur Aufgabe gemacht, weite Kreise der Öffentlichkeit über die Bedeutung dieser Frage aufzuklären. Als Beginn dieser Tätigkeit hielt er dieser Tage im großen Saale des Volkswohlfahrtsministeriums den ersten Vortrag einer Vortragsreihe, und zwar über das Thema: „Berbung und Eugenik“. Der Redner, Professor Dr. Erwin Bauer, Direktor des Instituts für Berbungsforschung, führte aus: Während im Tierreich die Zuchtwahl dafür sorgt, daß alle nicht lebensfähigen Abarten ausgegrenzt werden, sind beim Menschen gerade durch die Kulturfortschritte viele, sonst nicht lebensfähige Arten erhalten geblieben. Selbstverständlich ist dieses nicht grundsätzlich vom Uebel, aber es kann verhängnisvoll werden und zwar dadurch, daß auf höherer Kulturstufe die Fortpflanzung abnimmt. Das Alter des Menschen löst sich zurzeit im Durchschnitt nicht über 50 Jahre steigern, so daß also mit einem Verlust von 20 pro 1000 Menschen jährlich zu rechnen ist. Dieser Abgang ist durch Geburtenzuwachs zu ergänzen. Er betrug 1870 noch 39, während er 1926 nur mehr 19,50 in Deutschland betrug, in Berlin 1923 sogar nur 9,4, so daß Berlin sicher aussterben würde, wenn es nicht vom Lande aus Zuzug erhielt. Neuerdings greift die Geburtenabnahme auch auf das ländliche Land über. Nicht in allen Ländern liegen die Verhältnisse gleichermäßen, sondern die Reger, die Indianer, die weißen Buren, die Chinesen und Japaner vermehren sich außerordentlich stark. Bemerkenswert ist, daß die Geburtenabnahme am größten ist, wo es sich um die hinsichtlich ihrer Erbmasse am besten veranlagten Typen handelt. Als Möglichkeit, hier einzugreifen, wies er auf den Soziallohn hin, der es linderreichen Familien ermöglichen soll, die notwendigen Mittel für die Erziehung ihrer Kinder aufzubringen, und erklärte, daß eine Elternschaftsversicherung unter Umständen eine außerordentlich wirkungsvolle Unterstützung der Geburtenpolitik darstellen würde.

Im Anschluß daran ergriff Professor Dr. Eugen Fischer, der Direktor des Instituts für Berbungsforschung und Eugenik, das Wort, um den Fragenkomplex von anderen Gesichtspunkten aus zu beleuchten. Er gab einen kurzen Überblick über die Mendelschen Berbungsgesetze, die Regeln und Gesetzmäßigkeiten, nach denen die einzelnen Erbanlagen, soweit die Wissenschaft es heute zu erkennen vermag, erneut in Erscheinung treten. Er wies die Behauptung zurück, daß man von einem Durchschlag einer bestimmten Klasse in der Berbung sprechen könne und kam dann auf das Thema der Ehe zwischen Blutsverwandten zu sprechen. Dabei stellte er fest, daß diese nach der heutigen wissenschaftlichen Anschauung an und für sich nicht schädlich sei. Sie biete aber die Chance, daß besonders gute bzw. schlechte Erbanlagen sich besonders stark entwickeln und bliebe aus diesem Grunde immer ein Experiment. Die Frage, ob man von einem geistigen Erbgang sprechen könne, behielt der Forscher. Wir können dafür sorgen, daß die biologisch wertvollen Menschen sich stärker fortpflanzen können als die übrigen. Wenn ein Arbeiter seine Kinder in die Höhe bringt, sie studieren läßt, ist es da nicht sehr bedenklich, daß die nächste Generation, eben weil sie in die Höhe gekommen ist, sich nicht mehr fortpflanzen will? Die Fortpflanzung der Reichen, die Verbreitung ihrer Kenntnis, sie dienen alle einem Ziel. Aber für die Fortpflanzung der erblichen Qualitäten sind sie nicht maßgebend. Dr. Eugen Fischer schloß mit den Worten: „Im Ritterschloß liegt unsere Zukunft!“

## Für die Menschenfresserei.

Ansprache des Obermedizinsmanns Ruab-Chab an die Insulaner von Titi-Liti anlässlich einer Beratung des Insularen Strafrechts.

### Stammesgenossen!

Ich, der Obermedizinsmann Ruab-Chab, zugleich Senatspräsident am Pfahlbaugericht unserer Insel, nie Euch kund: Unter dem verlogenen Schlagwort der „Humanität“ wollen einige Reuener und Revisionäre die altbewährte Sitte des Aufgefressenwerdens abschaffen, die wir seit den Zeiten unseres Stammvaters Kimra über alle Verbrecher und die ihnen gleichzustellenden Kriegsgeiseln sowie Fremdstämmigen verhängen. Unser großer Stammesgott Baho-De möge verhüten, daß die ehernen Herzen der Krieger von Titi-Liti von weiblichem Mitleid erweicht werden. Was würde die Folge sein? Noch mehr als bisher würde die alte Justiz und Sitte unserer Insel ins Wanken geraten.

Gefahren doch schon Dinge bei uns, die auszusprechen das tapferste Herz erbebt. Haben doch die Auflösung alles Bestehenden und die Zunahme des Verbrechens einen Grad erreicht, daß allenthalben das Laster höhnisch über die Gesetze triumphiert. Wie sieht es mit unserer Jugend aus? Da gibt es junge Leute, die sich weigern, ihrer Stammespflicht gemäß ihre Schwester oder ihre Mutter zu heiraten, indem sie behaupten, daß derlei „Blutschande“ sei. Ja, sie scheuen sich nicht, die Hand nach Weibern auszustrecken, mit denen sie durch keinerlei Blutsbande verwandt sind. (Entwürstigungsurteil.) Welcher Abgrund von Unmoral! Ich aber sage Euch: Kommt es erst dahin, daß jeder Mann jedes beliebige fremde Weib ehelichen kann (wilde Juriste: Niemals!), dann ist der Untergang unseres Stammes bestineht. Nur die Bütter, die das altbewährte Institut der Familienheirat und der Inzucht aufrechterhalten, werden die Welt bevölkern und die sittenlosen Völkerschichten der Fremdeheirat sich unterwerfen.

Aber die Vermeidung geht noch viel weiter: hat man doch Stimmen vernommen, die verworfen, daß wir widerpenstigen Sklaven die Augen ausstechen und ihre Scham den Hunden vorwerfen.

Man erklärt dies für grausam und auch für nutzlos, weil der Arbeitswert des Sklaven dadurch vermindert werde, man verlangt die Beschränkung des Züchtungsrechtes auf die Rippfederpelzige. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Stammesgenossen, wohin soll das führen! Ich sehe voraus, daß diese neue Bewegung noch dazu gelangen wird, die drei heiligen Grundpfeiler unserer nationalen Insularmoralität anzuzusetzen, den Menschenraub, den Seeraub und den Viehraub. (Schäudernde Rufe: „So weit will doch keiner gehen!“) Doch, ich sage Euch: es wird auch dahin kommen. Und was wird die Folge sein: Wohlstand und Besitz unserer Insel werden vernichtet werden, als ein Sklavenvolk werden wir zum Verhungern oder zum Auswandern gezwungen sein.

Deshalb muß den Anfängen entgegengetreten werden. Und die Anfänge dieser gott- und schamlosen Bewegung, die auf Anarchie und Vernichtung des Reichums abzielt, sehe ich in den Taten nach

Abtaffung der Menschenfresserei. Mit einem wohlfeilen Appell an das Gefühl will man das geheiligte Institut vernichten, das nach jetzt bei den Raubvorfällen wohlthätigen Schrecken und banges Zittern vor unserer Unbeugsamkeit auslöst. Man wird unsere Waffen verachten, unsere kriegerische Macht wird sich auflösen, wenn wir unser oberstes Rechtsprinzip aufgeben.

Worin gipfelt dieses oberste Prinzip? — Die Persönlichkeit des Verbrechers, des Feindes, des Fremdstämmigen muß restlos vernichtet werden. Das Schwert vernichtet wohl das Leben, aber noch nicht den Leib. Deswegen muß der Leib aufgefressen werden, damit nichts von dem übrig bleibe, auf daß die verbrecherische Persönlichkeit ausgelöscht sei bis zum letzten. Reint Ihr übrigens, unser Stammesgott Baho-De habe unsere Feinde so überaus wohlfeil und erschaffen, wenn er nicht gewollt hätte, daß wir uns an ihrem Fleisch erlaben?!

Freilich, es gibt gar Gottestegner, die behaupten wollen, Baho-De habe uns das Menschenfressen verboten. Rein, ich, Euer Medizinmann, sage: Baho-De befehlet uns das Menschenfressen. Lauter doch das erste der 27 Gebote, die uns Baho-De aus dem Krater des feuerpeinenden Berges Krakatau verkündet hat, ausdrücklich:

### Du sollst nicht Menschen fressen!

Wie ist dieses zu verstehen? Wir wissen: Baho-Des Wille ist es, daß wir unsere Feinde verspeisen. Wo kann Baho-De dies Gebot nur gemeint haben in bezug auf die Priester, die Medizinmänner, die Fürsten und die Gerechten unseres Stammes, daß diese nicht dürfen verspeiset werden. Durch den Schluß aus dem Gegenteil folgt daraus, daß wir mit um so größerer Inbrunst alle Feinde, Fremdstämmigen und Verbrecher verzehren müssen. Dies ist die einzig vernünftige Auslegung des göttlichen Gebotes: „Du sollst nicht Menschen fressen.“

Ich schreibe: Verzichtet der Staat auf sein Unrecht der Menschenfresserei, so wird ein völliger Verfall eintreten, zugrunde gehen werden die Geschwisterei, die Sklavenhalter, der Menschen-, Vieh- und Seeraub, kurz und gut: von dem Gipfel einer hochzivilisierten Nation werden wir hinabstürzen in den tiefsten Abgrund der Barbarei und Unkultur. Fort mit der entsetzlich verlogenen Humanitätsdustel unseres Zeitalters!

Rathwort der Redaktion: Wir haben die obenstehende Rede morigert nach einem Raub unseres Sonderkorrespondenten auf Titi-Liti wiedergegeben. Erst nach der Drucklegung fiel uns auf, daß Name und Ausdrucksweise des Obermedizinsmanns Ruab-Chab gewisse Ähnlichkeiten aufweisen mit denen des Senatspräsidenten a. D. Baumbach, dessen Artikel gegen die Humanitätsdustel unserer Zeit und für die Todesstrafe kürzlich einiges Aufsehen erregte. Natürlich ist das ein rein äußerlicher Zufall.

A. B. Jonathan.



# UNSERE WEISSENWOCHEN

BEGINNEN AM MONTAG, DEN 30. JANUAR  
IN ALLEN UNSEREN H'AUSERN.  
UNSERE WEISSEN WOCHEN WAREN UND SIND EINE  
SENSATION, EINE GELEGENHEIT, WIRKLICH GUTE  
WAREN ZU ENORM BILLIGEN PREISEN ZU ERSTEHEN!

